

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Degrowth-Konferenz	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 33
Schwerpunkt: UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung

THEMEN DES MONATS

Freihandelsabkommen

Falsche Freunde der Dienstleistungen

**Beim TiSA-Abkommen wird Deregulierung großgeschrieben –
zulasten hoher Umweltstandards**

Seite 2

Ökodesignrichtlinie

Auslaufmodell oder Schlüsselinstrument?

**Die EU muss nicht nur Energieeffizienz, sondern auch
Ressourcenverbrauch stärker in den Blick nehmen**

Seite 4

Europäische Umweltpolitik

Vom Green New Deal bis REFIT

**Ökoverbände befürchten den Abbau von
EU-Umweltstandards in der künftigen EU-Kommission**

Seite 6

Interview Verkehrspolitik

„Die Mobilität muss sich ändern“

Ohne eine Verkehrswende ist der Klimawandel nicht zu stoppen

Seite 25

Freihandelsabkommen

Die falschen Freunde der Dienstleistungen

Beim TiSA-Abkommen wird Deregulierung großgeschrieben – zulasten hoher Umweltstandards

An der Welthandelsorganisation vorbei verhandelt eine Gruppe von Staaten ein neues Abkommen über Dienstleistungen. Sie wollen damit eine Liberalisierung vorantreiben, die negative Erfahrungen übergeht. Zwar sind für die öffentliche Gesundheits- und die Wasserversorgung Schutzregeln geplant. Aber es ist zu befürchten, dass allgemeine Umweltdienstleistungen auf der Strecke bleiben. ■ VON MARKUS HENN, WEED

Die Krise der Welthandelsorganisation (WTO) führt nicht nur zu bilateralen Verhandlungen über Handelsabkommen wie die zwischen der EU und den USA (TTIP) oder im EU-Kanada-Abkommen (CETA). Sondern es verhandeln auch 23 WTO-Mitglieder (siehe Kasten) schon seit 2012 über ein Abkommen zu Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TiSA). Die Beteiligten nennen sich selbst „die wirklich guten Freunde der Dienstleistungen“ und wollen diese liberalisieren – stärker als es im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der Welthandelsorganisation bislang der Fall ist.

Zwar betont die EU, das neue Abkommen solle später in die Welthandelsorganisation integriert werden und deshalb sei es für alle WTO-Mitglieder offen. Allerdings haben sich bereits mehrere von ihnen ablehnend geäußert, darunter Brasilien und Indien. Und China wird der Zutritt verwehrt, weil sich Japan und die USA sträuben. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass der Plan der EU funktionieren wird. Der EU muss klar sein, dass mit TiSA die Welthandelsorganisation völlig umgangen wird – und damit auch die dortigen Widerstände gegen bestimmte Liberalisierungen. Mit TiSA schaffen die beteiligten Staaten nun Fakten, die später von den nicht beteiligten Ländern, darunter praktisch alle Entwicklungsländer, kaum ignoriert werden können.

Zudem sind die Ziele der Verhandlungen widersprüchlich: Zwar soll das neue Abkommen nah genug am WTO-Recht bleiben, damit es integriert werden kann – gleichzeitig soll es jedoch klar davon abweichen, sonst müsste ja gar nicht verhan-

delt werden. Bezeichnend ist dabei, welche Abweichungen als verhandelbar gelten und welche nicht: Als die EU-Kommission vor einigen Monaten den EU-Staaten intern berichtete, dass Nichtregierungsorganisationen forderten, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung oder zumindest die OECD-Investitionsleitlinien einzubeziehen, wurde dies verworfen: Solche Aspekte würden im WTO-Kontext auch nicht behandelt. Die Verhandlungen über TiSA finden hauptsächlich im Geheimen statt. Aber die EU hat im Juli dieses Jahres Dokumente veröffentlicht und weitere sicherten durch. Dadurch kann man sich ein gewisses Bild machen.

TiSA-Entwurf enthält Regeln zum Schutz, aber auch zum Stillstand

Im Entwurf für TiSA wird, wie zu erwarten, vieles wörtlich vom GATS übernommen. Das gilt zunächst für die üblichen Grundpfeiler solcher Abkommen: So gibt es die Inländerbehandlung, sprich die Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Anbietern. Und es gibt den Marktzugang, es darf also keine Einschränkung von Märkten geben, etwa durch Vorgaben zur Zahl der Anbieter und Dienstleistungen, Sonderrechte für einzelne Anbieter oder gar Monopole. Ebenfalls aus dem GATS übernommen werden einige Bestimmungen, wann von der Regel des freien Wettbewerbs abgewichen werden darf, zum Beispiel aus Sicherheitsinteressen oder zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen. Nicht neu gegenüber dem GATS – doch genauso falsch wie dort – ist eine Stillstandsklausel:

Diese schreibt das bei Vertragsabschluss bestehende Liberalisierungsniveau fest. Die Akteure dürfen später nicht hinter dieses Niveau zurückgehen. Es ist auch nicht zu erwarten, dass TiSA einen höheren Rechtsschutz als das GATS enthalten wird, denn dann wäre es kaum mehr in die WTO zu integrieren. Es werden wohl nur – wie bei der WTO – Klagen eines Staates gegen einen anderen zugelassen, aber keine von Investoren, wie sie in den Handelsabkommen der EU mit Kanada und den USA geplant sind. Doch auch Staat-Staat-Klagen können sinnvolle staatliche Maßnahmen bedrohen. So erklärte kürzlich die Schiedsstelle der WTO eine US-Vorschrift für nichtig, die einen Herkunftsnachweis für Fleisch verlangt.

Sperrklausel erhöht Liberalisierungsdruck

Wie weit sich TiSA momentan vom GATS unterscheidet und vor allem am Ende unterscheiden wird, ist schwer zu sagen. Denn zum einen enthalten die Entwürfe noch große Lücken, zum anderen weiß man nicht, wer sich mit seinen Vorschlägen durchsetzen wird. Doch schon jetzt zeichnen sich einige Punkte klar ab.

In jedem Handelsabkommen muss festgelegt werden, auf welche Sektoren sich Regeln wie die Inländerbehandlung beziehen und wo Ausnahmen bestehen. Das GATS hat dazu sogenannte Positivlisten, in denen ein Staat alle Sektoren auflisten muss, die liberalisiert werden. Der Rest bleibt geschützt. TiSA will diesen Ansatz zwar für den Marktzugang übernehmen. Aber für die Inländerbehandlung ist stattdessen mit einer Negativliste vorgesehen: Dabei werden im Prinzip alle Sektoren liberali-

siert. Die Liste enthält nur noch die von der Liberalisierung ausgenommenen Sektoren. Über die erwähnte Stillstandsklausel hinaus soll es eine Sperrklausel geben, mit der Liberalisierungsschritte nach Vertragsabschluss nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen. Die Negativliste und die Sperrklausel verstärken den Liberalisierungsdruck.

Mehrere sektorübergreifende vermeintliche Handelshemmnisse sollen auf den Prüfstand: Dazu zählen innerstaatliche Regelungen wie technische Normen, Zulassungs- oder Qualifikationserfordernisse. Dadurch sind zum Beispiel Umweltschutzzorgaben oder Bauvorschriften bedroht. Diskutiert werden auch temporäre Aufenthalte von Fachpersonal und Exportsubventionen. Einige Sektoren sollen besonders stark liberalisiert werden: internationale Seefahrt, Telekommunikation, elektronischer Geschäftsverkehr, Finanzdienstleistungen, Luft-, und Straßenverkehr, freiberufliche Dienstleistungen sowie Post- und Kurierdienste. In diesen Bereichen würde eine Regulierung schwerer. Außerdem werden im internationalen Wettbewerb leichter Maßnahmen als Standortnachteil angegangen – so wie momentan die Flugticketsteuer in Deutschland.

Finanzdienstleistungen: Gewinn Garantien und Datenschutzabbau

Die Entwürfe zu Finanzdienstleistungen würden Staaten dazu verpflichten, Monopole abzubauen oder zu reduzieren. Eine solche Bestimmung findet sich bislang nur im WTO-Übereinkommen zu Finanzdienstleistungen, das nicht alle WTO-Mitglieder unterzeichnet haben, aber nicht im GATS. Das Anbieten neuer Finanzdienstleistungen soll erleichtert werden. Die EU will sogar wie im WTO-Übereinkommen vorschreiben, dass jede neue Finanzdienstleistung angeboten werden darf. Zulassungsverfahren und Rechtsformvorschriften sollen möglich bleiben. Der Vorschlag der USA ist demgegenüber viel vorsichtiger: Er verlangt nur die Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Anbietern bei neuen Leistungen. Der radikalste Artikel

Wer verhandelt?

- ▶ Australien, Chile, Costa Rica, EU
- ▶ Hongkong, Island, Israel, Japan
- ▶ Kanada, Kolumbien, Liechtenstein
- ▶ Mexiko, Neuseeland, Norwegen
- ▶ Pakistan, Panama, Paraguay, Peru
- ▶ Südkorea, Schweiz
- ▶ Taiwan, Türkei, USA

zu Finanzdienstleistungen trägt den Titel „nicht diskriminierende Maßnahmen“. Er enthält ein allgemeines Gebot, Markthindernisse zu beseitigen, und das gilt selbst für Maßnahmen, die mit TiSA konform sind. Noch weiter geht ein Verbot, den bestehenden Grad an Marktmöglichkeiten und schon bestehende Vorteile für Unternehmen einzuschränken. Aufsichtsmaßnahmen sollen zwar zum Schutz des Finanzsystems sowie von Investoren und anderen gestattet sein. Diese Ausnahme, die auch so im GATS steht, ist aber eng formuliert und wurde deshalb sogar im EU-Kanada-Abkommen erweitert. Ein großer Streitpunkt ist der Datenschutz. Die EU will eine Beschränkung des Informationsflusses innerhalb eines Finanzinstituts zulassen, wenn es um persönliche Daten geht. Das wollen die USA nicht.

Öffentliche Dienste, Beschaffung und Umweltdienstleistungen

TiSA könnte wegen seiner Liberalisierungsorientierung eine negative Wirkung auf öffentliche Dienste haben. Allerdings hängt viel von den Details insbesondere der Listen ab. Die EU schlägt eine weitgehende Schutzregel für einige Sektoren wie die Wasserversorgung oder öffentlich finanzierte Gesundheitsdienste vor. Für Umweltdienstleistungen allgemein, darunter Abwasser- und Abfallentsorgung, ist der Schutz schwächer: Zwar sollen die grenzüberschreitenden Dienstleistungen reguliert werden können, die gewerbliche Niederlassung von ausländischen Anbietern aber nicht mehr. Bei der Niederlas-

sung wiederum behält sich die EU aber für den Marktzugang vor, für öffentliche Dienste Monopole oder Sonderrechte einzelner Anbieter zu haben. Als Beispiele für solche Dienste nennt die EU die Bereiche Umwelt, Gesundheit oder Transport, nicht erwähnt sind aber solche wie Energie oder Telekommunikation. Hier würde es also schwerer werden, den Wettbewerb einzuschränken. Zudem ist unklar, ob die anderen Beteiligten den EU-Vorschlag akzeptieren. Die Europäische Union muss auch Verhandlungsmasse haben, um die Marktzugänge zu bekommen, die EU-Konzerne sich wünschen. Zu öffentlicher Beschaffung hat die EU unter anderem vorgeschlagen, auf Vorgaben zu verzichten, die eine bestimmte Quelle oder Produktionsart festlegen. Das könnte es erschweren, ökologisch-soziale Vorgaben zu machen oder Leistungen gezielt aus der Nähe erbringen zu lassen.

TiSA steht für weitere Liberalisierung von Dienstleistungen, obwohl deren Schwächen in vielen betroffenen Sektoren deutlich geworden sind. Das gilt allen voran bei Finanzmärkten, aber auch bei Transport, Abwasser, Abfall oder Energie. Zudem hat die bestehende Liberalisierung im Welthandelsrecht die Finanzkrise erst ermöglicht. Es wäre geboten, davon abzurücken. TiSA aber geht den umgekehrten Weg.

Links

- ▶ EU: www.ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa
- ▶ Public Services International (2014): TiSA contra öffentliche Dienste
- ▶ Kelsey, Jane (2014): Memorandum on Leaked TiSA Financial Services Text

Der Politikwissenschaftler Markus Henn ist Referent für Finanzmärkte bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – in Berlin und aktiv beim Bündnis „Wasser in Bürgerhand“.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27582-249,
E-Mail: markus.henn@weed-online.org,
www.weed-online.org



Ökodesignrichtlinie

Auslaufmodell oder Schlüsselinstrument?

Die EU muss nicht nur Energieeffizienz, sondern auch Ressourcenverbrauch stärker in den Blick nehmen

Kaffeemaschinen, Staubsauger, Duschköpfe – im Europawahlkampf wurde die Ökodesignrichtlinie zum Sinnbild für den angeblichen Regulierungswahn der EU. Dabei ist die Richtlinie ein Kernstück der sonst wenig erfolgreichen EU-Energieeffizienzpolitik und ein wichtiger Beitrag zum Ressourcenschutz. Die jetzt anstehende Revision wird zeigen, welche Zukunft eine nachhaltige Produktpolitik in der EU hat. ■ VON CARSTEN WACHHOLZ, EEB

Zum 1. September hat die EU-Kommission stromfressende Staubsauger vom Markt genommen. Das Echo in Politik und Medien war verheerend: „Der Verbotswahn geht weiter“, waren sich die Kommentatoren einig. Auch von „Zwangsmaßnahmen“ und „Planwirtschaft“ war die Rede. Hintergrund sind die Vorgaben der Ökodesignrichtlinie, die der „Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte“ dient. Die Richtlinie ermächtigt die EU-Kommission, für jeweils drei Jahre einen Arbeitsplan für die Regulierung bestimmter Produktgruppen vorzulegen. Derzeit erarbeitet die Kommission dazu eine Studie⁽¹⁾ für die Jahre 2015–2017. Die Richtlinie gilt für alle energieverbrauchsrelevanten Produkte bzw. Produktgruppen, die europaweit ein Marktvolumen von mehr als 200.000 Stück pro Jahr erreichen, von denen erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen und die ein hohes Potenzial bei der Verbesserung der Umweltverträglichkeit aufweisen. Kraftfahrzeuge sind davon allerdings ausgenommen. Hierfür gibt es andere EU-Rechtsgrundlagen wie zum Beispiel die Verordnung zu CO₂-Grenzwerten und Schadstoffklassen von Pkws.

Bislang gibt es Vorgaben für die umweltrelevanten Produkteigenschaften von knapp 30 Produktgruppen – etwa für den Energieverbrauch von Waschmaschinen, Computern, Straßenbeleuchtung, Elektromotoren oder Umwälzpumpen.⁽²⁾ In sogenannten Durchführungsmaßnahmen sind Ökodesignanforderungen festgelegt, die alle Produkte in einer Gruppe erfüllen müssen, bevor sie eine Marktzulassung

erhalten. Erhöhte Effizienzanforderungen an Produkte dürfen aber keine exzessiven – also unzumutbaren – Mehrkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher verursachen.

Eine transparente und gute Dokumentation machen das langwierige Entscheidungsverfahren mit den jeweiligen Zwischenergebnissen⁽³⁾ für alle nachvollziehbar. Bis zu drei Jahre kann es dauern, bis der Ökodesignprozess – angefangen bei der Erstellung umfangreicher Vorbereitungsstudien über Konsultationen und Wirkungsabschätzungen bis zu einer Entscheidung im Regelausschuss der EU-Mitgliedstaaten – abgeschlossen ist. Das EU-Parlament hat dann noch die Möglichkeit, die Regulierung abzulehnen.

Mit Inkrafttreten der neuen Vorschriften sind die Durchführungsmaßnahmen automatisch in allen EU-Mitgliedstaaten gültig. Damit es keinen unfairen Wettbewerb durch Trittbrettfahrer gibt, die die jeweiligen Ökodesignanforderungen unterlaufen, sind wirksame Kontrollsysteme, Tests und Sanktionen bei Verstößen entscheidend. Hier mangelt es bislang an finanziellen Ressourcen und Koordination der für die Marktüberwachung zuständigen Behörden.

Was hat Ökodesign bis jetzt bewirkt?

Dennoch: Scheinbar kleine Dinge in einem großen Markt zu regulieren, kann eine immense Wirkung haben. Mehrere Evaluationsstudien⁽⁴⁾ haben den überragenden Nutzen und die Kosteneffizienz der Ökodesignrichtlinie bestätigt. Gemeinsam mit der Energiekennzeichnungsrichtlinie tragen die Durchführungsmaßnahmen

rund 40 Prozent zum Erreichen der EU-Energieeffizienzziele für 2020 bei – und haben somit einen etwa gleich großen Anteil an der Verringerung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase wie der europäische Emissionshandel. Allein durch die Ökodesignregelungen zum Stand-by-Verbrauch und zur Beleuchtung spart jeder Haushalt in Europa bereits heute rund 20 Euro im Jahr. Bis 2020 steigt die Netto-Entlastung der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher auf rund 79 Milliarden Euro jährlich. Das sind durchschnittlich 350 Euro pro Haushalt – Mehrkosten für energieeffizientere Geräte bereits eingerechnet.⁽⁵⁾

Verglichen mit dem technisch Machbaren stellen die meisten Ökodesignregulierungen nur geringe Anforderungen an Produkte. Dennoch fördern sie den Markterfolg wichtiger Produktinnovationen. In einer globalisierten Wirtschaft hat Ökodesign weitreichende Wirkungen auch über die EU hinaus, weil viele Hersteller nicht ausschließlich für den europäischen Markt produzieren. EU-Mindeststandards führen so auch in anderen Teilen der Welt zu einer deutlichen Verringerung produktspezifischer Umweltbelastungen. Davon profitieren insbesondere die Herstellerfirmen von Qualitätsprodukten, aber auch die europäische Wirtschaft insgesamt.⁽⁶⁾

Über Energieeffizienz hinaus denken

Bislang zielten Ökodesignregulierungen darauf ab, den Energieverbrauch von Produkten in der Nutzungsphase zu senken. Hier sind schon zahlreiche Durchführungsmaßnahmen erfolgt. Weitere Ökodesignanforderungen können daher nur noch

geringe Einsparpotenziale erschließen. Das gilt sowohl für bereits regulierte als auch für neue Produktgruppen. Kritikerinnen und Kritiker der Richtlinie könnten daher die anstehende Revision missbrauchen, um weitere Durchführungsmaßnahmen komplett zu unterbinden und bestehende Regulierungen auslaufen zu lassen, anstatt sie weiterzuentwickeln.

Wie die Weiterentwicklung der Richtlinie aussehen könnte, zeigt hingegen eine aktuelle Studie des Umweltministerrats der nordischen Länder.⁽⁷⁾ Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler empfehlen, Ökodesignregulierungen nicht auf Energieeffizienz zu beschränken, sondern weitere Aspekte der Ressourcennutzung einzubeziehen.

Die Nutzungszyklen vieler Produkte werden immer kürzer, da technische Neuerungen immer schneller auf den Markt kommen. Besonders deutlich wird das bei Smartphones, Fernsehern oder Laptops, die schon nach kurzer Zeit nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Dadurch nimmt aber auch die Nutzungsdauer der einzelnen Geräte ab. Nach der Entsorgung gehen die in den Produkten enthaltenden Materialien und Rohstoffe sowie die für deren Gewinnung und Herstellung benötigte Energie verloren. Ökodesignanforderungen könnten dazu beitragen, die Wiederverwendbarkeit von Geräten und einzelner Komponenten beziehungsweise das Recycling von Materialien zu erleichtern.

Rückkaufmodelle zur Weiterverwendung von Produkten oder Einzelteilen sowie gezieltes Recycling sind dabei nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Aufgrund steigender Rohstoffpreise gilt das insbesondere für technische Geräte, die wertvolle Metalle oder seltene Erden enthalten. Die Kosteneffizienz einer solchen Verwertung hängt aber maßgeblich vom Design der Produkte ab, die heute auf den Markt kommen. Dazu zählt auch, mögliche Verunreinigungen durch schädliche oder toxische Stoffe zu unterbinden, die Recycling unmöglich machen.

Anforderungen zum Einsatz eines Mindestanteils an recycelten Materialien in neuen Produkten können außerdem dazu beitragen, dass sich die Märkte für

Sekundärrohstoffe weiterentwickeln. Das setzt allerdings die Verfügbarkeit von recycelten Materialien in entsprechender Menge und Qualität voraus. Auch bessere Haltbarkeit oder längere Lebensdauer können dazu beitragen, die Verschwendung wertvoller Ressourcen zu begrenzen sowie Mehrfachnutzungen und neue Geschäftsmodelle zu ermöglichen. Entsprechende Ökodesignanforderungen können einen modularen Aufbau technischer Geräte und die Austauschbarkeit einzelner Komponenten fördern sowie die Bereitstellung gezielter Informationen für Wartung, Reparatur und Wiederaufbereitung verlangen.

Effektivität in der Umsetzung steigern

Die Ressourcennutzung im Laufe des Lebenszyklus eines Produkts ließe sich auch unter der geltenden Richtlinie optimieren. Teilweise hat die Kommission diese Möglichkeiten auch schon genutzt und beispielsweise die Lebensdauer von Motoren in Staubsaugern oder den Wasserverbrauch von Waschmaschinen reguliert. Darüber hinaus hat sie in mehreren Studien⁽⁸⁾ die methodische Basis für eine systematische Bewertung von ressourcenbezogenen Ökodesignanforderungen erarbeitet.

Bei jeder neuen Vorbereitungsstudie und Überprüfung einer bestehenden Durchführungsmaßnahme kann die EU-Kommission untersuchen lassen, ob in der betroffenen Produktgruppe neben der Energieeffizienz auch erhebliches Verbesserungspotenzial in Bezug auf den Ressourcenverbrauch besteht. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, kann sie zunächst Informationspflichten über verwendete Materialien und Verfügbarkeit von Ersatzteilen oder den Einsatz von recycelten Kunststoffen schaffen. Erst in einer zweiten Ökodesignstufe sollten strengere Anforderungen in den Durchführungsmaßnahmen greifen. Bei produktgruppenspezifischen Anforderungen sollte sich die Kommission stärker als bisher an Best-Practice-Beispielen von verschiedenen Umweltlabels, Beschaffungsstandards oder auch Zertifizierungssystemen orientieren.

Eine Revision der Ökodesignrichtlinie könnte ihre Effektivität gerade mit Blick auf den Ressourcenschutz deutlich stärken. Das optimale Niveau vieler produktgruppenbezogener Mindeststandards lässt sich nicht immer sinnvoll anhand der niedrigsten Lebenszykluskosten für den Verbraucher bestimmen. Dies gilt vor allem, wenn der Ressourcenverbrauch in der Herstellungs- und nicht der Energieverbrauch in der Nutzungsphase den wichtigsten Umweltfaktor darstellt. Weiteren Verbesserungsbedarf gibt es auch bei der Berücksichtigung von Marktdynamiken für längerfristige Ökodesignanforderungen. Darüber hinaus gilt es, Ökodesignvorschriften besser mit anderen produktpolitischen Instrumenten abzustimmen – beispielsweise Energiekennzeichnung, Umweltlabels, Grüne Beschaffung – und die Marktüberwachung deutlich auszubauen. Nicht zuletzt könnte eine vorsichtige Öffnung des Geltungsbereiches der Richtlinie Pilotvorhaben zur Regulierung von nicht energieverbrauchsrelevanten Produktgruppen ermöglichen.

Weiterführende Links

- ▶ (1) www.ecodesign-wp3.eu
- ▶ (2) www.eceee.org/ecodesign/products
- ▶ (3) www.eup-network.de/de/aktuell
- ▶ (4) www.cses.co.uk/ecodesign_evaluation
- ▶ (5) www.coolproducts.eu/infographic
- ▶ (6) www.ecofys.com/en/publication/economic-benefits-of-the-eu-ecodesign-directive
- ▶ (7) www.norden.org/en/publications/publikationer/2014-511
- ▶ (8) meerp-material.eu

Diplom-Umweltwissenschaftler Carsten Wachholz war bis vor Kurzem beim NABU-Bundesverband für die Arbeitsbereiche Klima und Energie, Abfall- und Ressourcen sowie Verkehr verantwortlich. Seit Mai 2014 arbeitet er für das Europäische Umweltbüro (EEB) in Brüssel zu Ressourcenschonung und EU-Produktpolitik.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 790 88 12,
E-Mail: carsten.wachholz@eeb.org
www.eeb.org



Europäische Umweltpolitik

Vom Green New Deal bis REFIT

Ökoverbände befürchten den Abbau von EU-Umweltstandards in der künftigen EU-Kommission

Bis zum Beginn der Wirtschaftskrise gab sich José Manuel Barroso zumindest rhetorisch als Fürsprecher einer modernen Umweltpolitik: Noch 2008 verkündete er einen „Green New Deal“ in der Klima- und Energiepolitik. Doch inzwischen ist klar: Mit seinen Deregulierungsinitiativen hat der scheidende EU-Kommissionspräsident die weltweit bewunderte EU-Umweltpolitik ins Stolpern gebracht. Kommt es unter Juncker noch schlimmer? ■ VON KONSTANTIN KREISER, NABU

Vor allem in der zweiten Amtszeit hat Kommissionspräsident José-Manuel Barroso systematisch umweltpolitische Vorhaben gebremst. Er ließ eine Fülle von Umweltvorhaben beerdigen, darunter die geplante Bodenschutzrichtlinie, die Richtlinie zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten oder Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse. Eine von Umweltkommissar Janez Potočnik geplante Richtlinie zur besseren Kontrolle von Umweltvorschriften blockierte er. Stattdessen unterstützte er bis zuletzt nach Kräften das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) – und gibt den entschlossenen Deregulierer. Sein designierter Nachfolger Jean-Claude Juncker geht noch weiter. Er scheint die Umweltpolitik in der EU zu Fall bringen zu wollen.

Deregulierung in Brüssel – populistischer Ausweg für hilflose Regierungen?

Die Schockwellen der Euro- und Wirtschaftskrise verursachen bei vielen europäischen Politikern nach wie vor Ratlosigkeit. Gerade erst entwickelte Ansätze, Wohlstand und Wachstum neu und nachhaltig zu denken, verschwinden wieder in der Schublade. Regierungen aller Couleur kehren zurück zur Wirtschaftspolitik alter Schule: schnelles Wachstum ohne Rücksicht auf Natur und Klima. Umweltgesetze stören, vor allem wenn sie aus Brüssel kommen. Außerdem wollen viele Regierungen unbedingt Handlungsfähigkeit demonstrieren, aus Angst vor erstarkenden radikalen Parteien. Viele gehen dabei einen einfachen, aber gefährlichen Weg: Sie machen die EU für die Krise verantwortlich, fordern Bürokratieabbau in Brüssel und

das Zurückholen von Kompetenzen in die Hauptstädte. Die EU-Umweltrichtlinien werden dabei oft als ein Hindernis für das Wiedererstarren der heimischen Wirtschaft identifiziert. Dabei werden auch in Deutschland gelegentlich wieder die alten Mythen von Molch und Hamster beschworen, die wichtige Infrastrukturprojekte und Tausende Arbeitsplätze blockieren. Von einem Präsidenten der EU-Kommission hätte man in dieser Situation starke Gegenimpulse erwartet. Barroso erwies sich jedoch als williges Instrument besagter Regierungschefs und verschrieb sich der Deregulierung. Nach mehreren Vorstufen unter den Schlagworten „better“ oder „smart regulation“ stellte Barroso im Dezember 2012 das Regulatory Fitness and Performance Programme (REFIT) vor, zu Deutsch „Programm zur Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung“.

Neoliberaler Masterplan oder Luftnummer?

Laut EU-Kommission werden mit REFIT Möglichkeiten ermittelt, den Verwaltungsaufwand zu verringern und bestehende Rechtsvorschriften zu vereinfachen. Seit 2013 wurden im Namen von REFIT 53 Gesetzesvorschläge zurückgenommen, darunter die EU-Bodenschutzrichtlinie. Außerdem wurde die Arbeit an weiteren Plänen eingestellt, zum Beispiel für eine Richtlinie zum Gerichtszugang in Umweltangelegenheiten. Schließlich gibt es für eine Vielzahl von Richtlinien und Verordnungen sogenannte Fitnesschecks, darunter die Wasserrahmenrichtlinie sowie die Vogelschutz- und FFH-Richtlinie. Eine Übersicht über abgeschlossene, laufende und geplante REFIT-Maßnahmen in den

verschiedenen Politikbereichen liefert das sogenannte Scoreboard, das die Kommission im Juni 2014 veröffentlichte.

Die jüngste Bilanzierung der REFIT-Maßnahmen erweist sich allerdings beim näheren Hinsehen als eher dünn: Viele gesetzliche Regelungen werden ohnehin in regelmäßigen Abständen überprüft. Zudem ist die reine Anzahl von Richtlinien oder Verordnungen völlig unerheblich für den von ihnen verursachten Aufwand in Verwaltung und Unternehmen. Drittens hängt bei den meisten EU-Gesetzen der weitaus größte Teil ihrer Bürokratiekosten von der Umsetzungspraxis der Mitgliedstaaten ab. Daher stellt sich die Frage, ob es sich bei REFIT wirklich um eine aktive Strategie oder doch eher um eine Luftnummer handelt. Zumindest aus umweltpolitischer Sicht muss man sagen: leider nein. Die letzten Jahre brachten zahlreiche handfeste Versuche, umweltpolitische Standards zu senken oder Gesetzesvorhaben zu stoppen. Diese Versuche liefen teilweise offiziell unter REFIT, teilweise bestanden sie in kommissionsinternen Blockaden.

Deregulierung wissenschaftlich verbrämt

Mit dem Fitnesscheck überprüft die Kommission die Wirksamkeit, Kosteneffizienz, Kohärenz mit anderen EU-Maßnahmen, Relevanz und europäischen Mehrwert der betroffenen Richtlinien oder Verordnungen. Hierbei gibt die federführende Generaldirektion in der Regel Studien in Auftrag, die sich auf Experteninterviews, Workshops und Konferenzen, Onlinekonsultationen und Auswertung vorliegender Daten stützen. Dabei ist ganz wesentlich, ob die eventuell unbefriedigende Wirksamkeit einer Richtlinie durch den Gesetzestext

selbst verschuldet ist oder durch den Mangel an politischem Willen, Geld oder Expertise in den Mitgliedstaaten. Das lässt sich kaum durch eine Studie klären. Wie viel Aufwand man den nationalen Regierungen zumuten will, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, hängt sehr von der politischen Priorität ab. Noch deutlicher wird dies bei der Frage nach der Kohärenz: Wer entscheidet, ob es nun die geprüfte Naturschutzrichtlinie ist, die nicht zur Agrarpolitik „passt“ oder umgekehrt? Bei der Relevanz bewegt sich der Fitnesscheck dann vollends im Fahrwasser der reinen Politik.

Ein Fitnesscheck ist also im besten Fall eine ergebnisoffene Aufbereitung von wichtigen Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen, im schlimmsten Fall die pseudowissenschaftliche Verbrämung einer politisch gewollten Absenkung von gesetzlichen Standards. Während das politische Klima derzeit eher für Letzteres spricht, gibt es jedoch auch Gegenbeispiele: Der bereits durchgeführte Fitnesscheck der Europäischen Wasserpolitik führte zur Empfehlung, die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu stärken.

Viele Hoffnungen begleiteten die Wahl Jean-Claude Junckers zum neuen Kommissionspräsidenten. Struktur und Zusammensetzung seines neuen Kollegiums, das er am 10. September in Brüssel vorstellte, lassen erahnen, dass er wesentlich unab-

hängiger von den nationalen Regierungen auftreten will als sein Vorgänger. Sein Programm ist jedoch eine radikale Abkehr von jeglichem umweltpolitischen Anspruch. Es soll keine eigenen Kommissare für Klimaschutz und Umwelt mehr geben. Zudem werden diese Themen fest den Prioritäten Wirtschaftswachstum, Energiemarktunion und Deregulierung untergeordnet. Es soll auch keine Kommissionsvorschläge mehr geben, die nicht von den entsprechenden Vizepräsidenten genehmigt werden.

Vorrang der Wirtschaft vor Naturschutz

Auch findet sich im Auftrag an den maltesischen Kommissarskandidaten Karmenu Vella für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei kein einziger Hinweis auf vereinbarte Ziele und Maßnahmen zu Artenvielfalt, Ressourcen- oder Klimaschutz. Statt Umweltgesetze umzusetzen und zu stärken, soll Vella vor allem Hemmnisse für Unternehmen aus dem Weg räumen und dabei das bewährte EU-Naturschutzrecht radikal ändern und modernisieren. Das REFIT-Programm selbst ist bereits eine Kapitulation vor den nationalen Regierungen, die Umwelt- und Sozialstandards abbauen wollen, aber statt dies öffentlich zu sagen, lieber die Kommission in eine Art Selbstzensur treiben. Falls nicht das EU-Parlament noch Korrekturen erzwingt,

droht jetzt die systematische Demontage des Umweltrechts durch Juncker. Und damit auch eine weitere Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von der EU. Denn gerade Umwelt- und Verbraucherschutz sind die Bereiche, in denen die EU noch viel Vertrauen genießt – ganz besonders übrigens in Großbritannien, dessen Regierung man offensichtlich versucht, mit radikaler Deregulierung noch einmal zum Bleiben in der Gemeinschaft zu bewegen.

Es bleibt die Hoffnung, dass gerade die Bundesregierung und engagierte Europaabgeordnete diesem Trend massiv entgegengetreten. Der EU-Rat hat immerhin im Oktober 2013 erklärt, dass bei allen REFIT-Vorschlägen „stets der Notwendigkeit eines angemessenen Schutzes der Verbraucher, der Gesundheit, der Umwelt und der Beschäftigten Rechnung zu tragen“ sei. Hier muss man ansetzen.

Konstantin Kreiser
ist Referent für internationale Biodiversitätspolitik beim NABU und Koordinator der EU-Naturschutz-Task-Force von BirdLife International.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 284984-1614,
E-Mail: konstantin.kreiser@
nabu.de,
www.nabu.de



Nachhaltigkeit

A-Z



Manfred Miosga, Sabine Hafner (Hrsg.)
Regionale Entwicklung im Zeichen der Großen Transformation
Strategien für Ressourceneffizienz, demografischen Wandel und Innovationsfähigkeit

R wie Reformidee

Demografische Veränderungen, der Wandel zur Wissensökonomie und die Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit endlichen Ressourcen sind drei der wichtigsten Herausforderungen, denen sich Staaten weltweit stellen müssen. Doch nicht nur diese: Auch Regionen müssen ernsthafte Alternativen zum Ressourcenraubbau entwickeln und ihre Institutionen fit für die Zukunft machen. Dank der räumlichen Nähe von Forschungseinrichtungen, politischen Institutionen und Unternehmen können sie zum Motor einer nachhaltigen Entwicklung werden.

M. Miosga, S. Hafner (Hrsg.)
Regionale Entwicklung im Zeichen der Großen Transformation
Strategien für Ressourceneffizienz, demografischen Wandel und Innovationsfähigkeit, 152 Seiten, broschiert, 16,95 Euro, ISBN 978-3-86581-693-1

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Neuer Kartendienst

Abfallatlas veröffentlicht

■ Deutschland ist ein bedeutendes Importland für Müll. Gründe dafür sind eine hochwertige Abfalltechnik, die optimale Entsorgungsverfahren für manche Stoffe bietet, aber auch eine geringe Auslastung einzelner Verbrennungsanlagen. Informationen über Abfallaufkommen sowie Abfalltransporte in und nach Deutschland fasst das Umweltbundesamt (UBA) in einem neuen Kartendienst zusammen. Dadurch lässt sich nachvollziehen, um welche Mengen es sich handelt und wo sie herkommen.

Das jährliche Pro-Kopf-Abfallaufkommen in Deutschland beträgt 456 Kilogramm. Es gibt allerdings erhebliche regionale Unterschiede. Kommunen, in denen Gewerbebetriebe ihren Abfall mit dem Hausmüll entsorgen, schneiden im Vergleich schlechter ab. Ein- und Ausfuhren von Abfall finden vor allem im EU-Raum, aber auch in außereuropäischen Staaten statt. So hat Deutschland 2012 7.300 Tonnen aus den USA und 130 Tonnen aus Brasilien importiert. Im selben Jahr wurden 4.430 Tonnen von Deutschland in die Türkei exportiert. [jb]

► www.kurzlink.de/abfallatlas14uba

Plastik

Tägliche Dosis Gift

■ Die schwedische Chemiebehörde Kemi hat 62 Haushaltsgegenstände aus Plastik unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: In rund der Hälfte der Produkte konnte die Behörde Substanzen nachweisen, die nach EU-Recht verboten sind. 40 Prozent der untersuchten Gegenstände enthielten kurzkettige Chlorparaffine (SCCP). In 16 Produkten – darunter Geldbörsen, Handtaschen und Handyhüllen – war die SCCP-Konzentration sogar so hoch, dass die Kemi versehentliche Verunreinigungen ausschließt. In der EU verbietet die Verordnung über persistente

organische Schadstoffe (POP-Verordnung) den Einsatz von SCCP, die vor allem als Weichmacher und Flammschutzmittel dienen. Chlorparaffine sind extrem langlebig und reichern sich in Fettgewebe, Nieren und Leber an. Darüber hinaus gelten sie als möglicherweise krebserregend.

In knapp der Hälfte der untersuchten Gegenstände konnte die Kemi außerdem das Phthalat DEHP in einer Konzentration von über 0,1 Prozent nachweisen. Derartige DEHP-Konzentrationen sind in Spielzeug und Babyartikeln verboten, nicht aber in den untersuchten Produkten. Kinder könnten sich diese dennoch in den Mund stecken und DEHP aufnehmen, warnt die Kemi. DEHP kann die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen sowie Hoden, Nieren und Leber schädigen. [dh]

► www.kemi.se/en

Umstrittenes Kältemittel

Gegenwind aus Brüssel

■ Die EU-Kommission will Autohersteller dazu verpflichten, statt des bislang üblichen Kältemittels R134a die Chemikalie R1234yf in Klimaanlage einzusetzen. Deutsche Autohersteller hatten bislang heftig dagegen protestiert, jetzt bekommen sie Unterstützung aus dem EU-Parlament.

In der Frankfurter Rundschau machte sich der neue Vorsitzende des EU-Verkehrsausschusses Michael Cramer (Grüne) für CO₂ als Kältemittel stark. Ein sicheres und klimaschonendes Kältemittel sei längst überfällig, sagte Cramer. „CO₂ leistet beides und ist deshalb das richtige Produkt.“

Die Chemikalie R134a wirkt als starkes Treibhausgas und ist deshalb ab dem 1. Januar 2017 EU-weit verboten. Die vermeintlich klimafreundliche Alternative R1234yf hat sich in Crashtests hingegen als leicht entzündlich erwiesen. Insbesondere Daimler und BMW weigerten sich daher, das neue Mittel zu verwenden.

CO₂ ist in Bussen bereits als Kältemittel erprobt, die Serienreife für Pkw fehlt aber noch. Michael Cramer appellierte daher auch an die EU-Kommission, die Wei-

ternutzung von R134a übergangsweise zu erlauben, bis eine Serienproduktion von CO₂-Klimaanlagen möglich ist. [dh]

► www.michael-cramer.eu/presse/single-view/article/schub-fuer-autobauer

Riskante Stoffe

Datenbank für Gifte

■ Wie giftig ist welche Chemikalie? Antworten darauf bietet die Riscotox-Datenbank, die das Europäische Umweltbüro (EEB) in Zusammenarbeit mit der spanischen Gewerkschaft für Arbeit, Umwelt und Gesundheit (ISTAS) erarbeitet hat.

Die Riscotox-Datenbank liefert Informationen über Gesundheits- und Umweltrisiken von über 100.000 Chemikalien. Interessierte haben die Möglichkeit, entweder nach einem bestimmten Stoff oder nach Stoffgruppen wie etwa genverändernden Chemikalien oder persistenten organischen Schadstoffen (POPs) zu suchen. Die in der Datenbank aufgelisteten Chemikalien sind gemäß der CLP-Verordnung der EU gekennzeichnet und in Gefahrenklassen eingestuft. Außerdem bietet die Datenbank Verlinkungen zu anderen relevanten Vorschriften, die mit dem ausgewählten Stoff zu tun haben. Noch ist die Datenbank allerdings nicht vollständig. Beispielsweise bietet Riscotox keine Informationen über Risiken von Stoffgemischen. [md]

► www.istas.net/riscotox

► www.eeb.org

Fluorierte Chemikalien

Gefährliche Alternativstoffe

■ Aufgrund seiner fett- und wasserabweisenden Eigenschaften kann langkettige Perfluorooctansäure (PFOA) vielfältig eingesetzt werden, beispielsweise in Outdoorbekleidung. Allerdings ist PFOA für Menschen krebserregend. Nun warnen ForscherInnen aber auch vor möglichen Alternativstoffen aus per- und polyfluorierten Substanzen (PFAs).

Genau wie PFOA könnten auch die kurzkettingen PFAs persistent und giftig sein, hieß es in der kürzlich veröffentlichten Helsingör-Erklärung. Darin fordern die ForscherInnen außerdem Hersteller auf, mehr Informationen über Eigenschaften und Auswirkungen kurzkettinger PFAs zu veröffentlichen. Solange noch nicht alle möglichen Gesundheits- und Umweltrisiken bekannt seien, sollten die Chemikalien nur da verwendet werden, wo es unbedingt notwendig ist.

PFOA ist langlebig, reichert sich in Organismen an und wird kaum aus dem menschlichen Körper ausgeschieden. Aufgrund dieser Eigenschaften steht der Stoff auf der UN-Liste der persistenten organischen Substanzen (POPs). Unternehmen müssen diese giftige Substanz daher schrittweise durch weniger gefährliche Substanzen ersetzen. [md, dh]

- ▶ Helsingör-Erklärung:
www.kurzlink.de/helsingoer-erkl-14

Ergebnis: Unterstützung für ein Register, aber Uneinigkeit darüber, welche Informationen darin enthalten sein sollen.

Einige Länder fordern mehr Sorgfalt bei der Veröffentlichung von Informationen. Belgien mahnt an, dass Produktkennzeichnungen ebenso verwirrend seien und teilweise falsche Auskünfte gäben. Das Land fordert zudem, dass auch Stoffe in das Register aufgenommen werden, die eigentlich keine Nanomaterialien sind, aber welche freisetzen, sobald sie zu Abfall werden. Schwedens Chemikalienagentur dagegen reicht es, wenn nur Nanomaterialien in REACH auftauchen, die auf dem Markt sind. Dazu würden jedoch auch Produkte aus anderen Kategorien gehören – nicht nur Lebensmittel und Kosmetik. Das deutsche Umweltbundesamt schlägt vor, eine generelle nanospezifische Informationspflicht einzuführen. [md]

- ▶ Ergebnisse der Konsultation:
www.kurzlink.de/reach-nano-consult14

400.000 vorzeitige Todesfälle. Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat hierzu ein umfassendes Infopaket zusammengestellt und ruft die Europaabgeordneten zum Handeln auf. Das Infopaket enthält ein Video, das den Europaabgeordneten zeigt, wie dreckig die Luft im Brüsseler EU-Viertel ist. Außerdem beinhaltet das Paket zwölf Factsheets mit Hintergründen und Handlungsansätzen für die Verbesserung der Luftqualität etwa in der Landwirtschaft, dem Straßenverkehr oder der Schifffahrt.

Im EU-Parlament startet in den kommenden Wochen die erste Lesung zur Überarbeitung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) sowie zur Richtlinie über den Luftschadstoffausstoß mittelgroßer Feuerungsanlagen. [dh]

- ▶ EEB-Factsheets (Zip-Ordner, direkter Download):
www.kurzlink.de/eeb-factsheets-zip
- ▶ Video: www.youtube.com/watch?v=JmdPbXW-BTw

Nanoregister

EU-Staaten uneins

■ Die EU-Kommission hat ExpertInnen der Mitgliedstaaten zur Schaffung eines Nanoregisters im Rahmen der Chemikalienverordnung REACH befragt. Das

Luftverschmutzung

Multimedia-Infos des EEB

■ Luftverschmutzung ist eine der größten Umweltgefahren in Europa: Schlechte Luftqualität verursacht hier jährlich rund

Maschinenlärm

Was will die EU-Kommission?

■ Die EU-Kommission hat angekündigt, die Richtlinie über umweltbelastende Geräuschemissionen von Geräten und Ma-

Nachhaltigkeit

A-Z



G wie Genuss

Immer mehr Menschen ernähren sich vegetarisch oder vegan. Was und wie wir essen wird immer bedeutender – manche(r) beklagt eine übertriebene Moralisierung dieses menschlichen Grundvollzugs. Dabei kann eine ethische Wahrnehmung der Ernährung durchaus intensiven Genuss fördern. Essen und Trinken beinhalten vielschichtige Botschaften, die in Speisen, Tischsitten, der Zubereitung und dem Verzehr verborgen sind. Ihre Entdeckung führt zu überraschenden und teils auch provokanten Einsichten.

M. Rosenberger
Im Brot der Erde den Himmel schmecken
 Ethik und Spiritualität der Ernährung
 446 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, 978-3-86581-687-0

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

schinen, die zur Verwendung im Freien vorgesehen sind, in den kommenden drei Jahren zu überarbeiten. Die Reaktionen der Industrie ließen nicht lange auf sich warten. Der europäische Maschinenbauverband FEM forderte die Kommission auf, die Regeln für die Zertifizierung von Geräten zu lockern und eine Selbstzertifizierung durch den Hersteller zu ermöglichen. Bislang müssen unabhängige Gutachter bescheinigen, dass die Lärmemissionen einer Maschine den in der Richtlinie festgelegten Grenzwerten entsprechen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) lehnt eine derart aufgeweichte Regelung strikt ab. Externe Kontrollen und Zertifizierungen seien unumgänglich, um das Einhalten der Lärmgrenzwerte gewährleisten zu können, teilte das EEB mit. Aus Sicht des EEB sollte die EU-Kommission die Überarbeitung vielmehr dazu nutzen, Geräuschemissionen weiter zu mindern und insbesondere die Grenzwerte für Nachtlärm an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) anzupassen.

Die Kommission will zunächst die derzeit gültigen Grenzwerte auswerten. Diese Erkenntnisse sollen dann in die Folgenabschätzung für eine überarbeitete Richtlinie einfließen. Mit einem Richtlinienvorschlag ist frühestens Ende 2016 zu rechnen. [dh]

► www.kurzlink.de/richtl-2000-14-eg

Plastiktütenmüll

Weltrekordversuch

■ Mit der Aktion „Berlin tüt was!“ startet die Stiftung Naturschutz Berlin einen Weltrekordversuch gegen Plastiktütenmüll. Bei ihrem Umweltfest am 20. September 2014 auf dem Tempelhofer Feld möchte die Stiftung eine neun Kilometer lange Menschenkette mit 30000 Plastiktüten bilden. Stündlich verbrauchen die BerlinerInnen dieselbe Anzahl an Plastiktüten und das wollen die Veranstalter im Sinne des Umweltschutzes verdeutlichen. Zudem fordern die Berliner Studentin Stefanie Albrecht und die Deutsche Umwelthilfe e.V. eine Plastiktütenabgabe. So sollen weniger

Plastiktüten verbraucht und Umwelt und Tiere vor dem entstehenden Müll geschützt werden. Ihre Petition haben bereits über 100000 Menschen auf der Internetseite www.change.org unterschrieben. [as]

► Stiftung Naturschutz Berlin, Heidrun Grüttner, Tel. +49 (0)30 / 26 39 4-0, E-Mail: mail@stiftung-naturschutz.de, www.stiftung-naturschutz.de

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Nachhaltige Entwicklungsziele

Erste Vorschläge

■ Im kommenden Jahr laufen die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen aus und sollen von Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) abgelöst werden. Im Sommer präsentierte eine offene Arbeitsgruppe der UN Vorschläge für die neuen SDGs. Darin enthalten sind ein umstrittener Vorschlag zum Klimawandel und verschiedene andere Ziele zu Wasser, Biodiversität, Ozeanen und Städten.

Die offene Arbeitsgruppe sieht unter anderem „dringenden Handlungsbedarf beim Klimawandel und dessen Auswirkungen“. Bei einigen UN-Staaten stieß das auf Kritik. Sie befürchteten, dass so die laufenden Verhandlungen über ein neues UN-Klimaabkommen erschwert würden. Bei einigen EU-Ländern stößt außerdem das in den SDG-Vorschlägen verankerte Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit“ (CBDR) auf Widerspruch. Regierungen erkennen damit ihren unterschiedlichen Beitrag zur Umweltzerstörung sowie ihre unterschiedliche Verantwortung für die Wiederherstellung des Ökosystems und die Anpassung an Umweltschäden an. Die EU möchte die CBDR auf Umweltzerstörung beschränken und nicht auf die gesamte Post-2015-Agenda ausweiten. [pw]

► Vorschlag der Open Working Group (engl.): www.kurzlink.de/sdgs-prop07-2014

Menschenrechtsklagen

Konzerne zur Verantwortung ziehen

■ Im April 2013 stürzte eine Textilfabrik in Bangladesch ein. Internationale Unternehmen mit Zulieferbeziehungen entziehen sich jeder Verantwortung – und das rechtens. Solche Menschenrechtsverletzungen untersuchten das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Brot für die Welt und MISE-REOR für eine im Juli vorgestellte Studie. Hierbei wurden Probleme bei Menschenrechtsklagen, die verhindern, dass Opfern von Umweltschäden Entschädigung gewährleistet wird, herausgestellt.

Gerade in Entwicklungsländern hätten Betroffene oft keinen Zugang zu Gerichten, um gegen Unternehmen zu klagen. Schwache zivilgesellschaftliche Strukturen, prekäre Sicherheitslagen und Anwältemangel seien Gründe hierfür. Aber auch in den Mutterländern der Konzerne seien die rechtlichen Verantwortungen oft unklar. Häufig fehlten eindeutige Haftungsregeln für Tochterunternehmen und Rechtsgüter wie traditionelle Lebensräume seien nicht hinreichend geschützt. Zudem müsse jeder Betroffene trotz gleichen Sachverhalts einzeln klagen.

Die Studie empfiehlt Gesetzesreformen, um zumindest Klagen gegen deutsche Unternehmen zu vereinfachen. Hierzu gehören eine klar geregelte unternehmerische Sorgfaltspflicht, Beweiserleichterungen, die Ermöglichung von Gruppenklagen sowie der Unternehmensstrafbarkeit. [md]

► Zur Studie: www.kurzlink.de/studunterverantw714

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimawandel**So warm war's noch nie**

■ Im Mai und Juni 2014 hat es weltweit Temperaturrekorde gegeben. Für beide Monate hat die US-Klimabehörde NOAA die höchsten Temperaturen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1880 gemessen. Insgesamt lag die Temperatur 0,7 Grad über dem Jahresdurchschnitt des vorangegangenen Jahrhunderts. Das Potsdam-Institut für Klimaforschung mahnte, dass die Temperaturen weiter steigen könnten, wenn der Treibhausgasausstoß nicht massiv gesenkt würde. Umweltorganisationen fordern, dass die EU ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 senkt. Derweil hat Neuseeland als erstes Land offiziell Klimaflüchtlinge aufgenommen. Bereits 2007 war eine Familie vom untergehenden Pazifik-Inselstaat Tuvalu geflohen und hatte um Asyl gebeten. Diesem Antrag gab Neuseeland nun statt, berichtete die Anwältin der Klimaflüchtlinge. [sl]

► www.noa.gov

Klimawandel**Fünfter Sachstandsbericht des Weltklimarates**

■ Der Weltklimabericht bündelt das globale Wissen über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie Strategien zur Klimawandelanpassung. Die Zusammenfassung für politische EntscheidungsträgerInnen zum fünften Sachstandsbericht steht ab sofort auch in deutscher Sprache zur Verfügung. Der periodisch erscheinende Weltklimabericht wird vom Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) erstellt und ist das Standardwerk für globale Erwärmung. [sl]

► www.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/ar5-wg1-spm.pdf

Klimaschutz**Rheinland-Pfalz setzt Ziele**

■ Nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg will sich auch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz eigene Klimaschutzziele bis 2050 setzen. Bis 2020 will die Landesregierung im Vergleich zu 1990 mindestens 40 Prozent der CO₂-Emissionen einsparen, bis 2050 mindestens 90 Prozent. [sl]

► www.mwkel.rlp.de

Energiepolitik**Energiewende in Frankreich**

■ Die französische Regierung hat Mitte August ein Energiewendegesetz beschlossen. Die Schwerpunkte liegen auf Effizienz und grünem Wachstum bis 2050. Unter anderem will Frankreich den Energieverbrauch bis 2050 halbieren und den Anteil an Atomstrom bis 2025 um 25 Prozent senken. Außerdem ist der Bau von 1.500 Biogasanlagen geplant. Insgesamt soll der Anteil des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen bis 2030 von 19 auf 40 Prozent steigen. Der Anteil von fossilen Energieträgern dagegen soll um 30 Prozent sinken. Greenpeace bezweifelte, dass Frankreich tatsächlich den Anteil an Atomstrom senken wolle, da das Gesetz die notwendige Abschaltung veralteter Kraftwerke nicht erwähne. [md]

► Energiewendekonzept Greenpeace: www.kurzlink.de/ewendefr (PDF, französisch)

EU-Emissionshandel**Preisverfall von Zertifikaten**

■ Weder die wirtschaftliche Rezession noch die erneuerbaren Energien sind schuld am Preisverfall für CO₂-Zertifikate. Das zeigt eine Studie des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Entgegen der landläufigen Annahme geht die Studie davon aus, dass die Rezession und der Aus-

bau der Erneuerbaren gerade einmal zehn Prozent des Preissturzes bei CO₂-Zertifikaten erklären können. Tatsächlich deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Politik Mitschuld am niedrigen CO₂-Preis trägt.

Die Ergebnisse stützen sich auf eine empirische Untersuchung verschiedener Variablen wie Konjunkturdaten, fossile Brennstoffpreise und die Einspeisung Erneuerbarer Energien im Zeitraum von Januar 2008 bis Oktober 2013. All diese Faktoren beeinflussen den Preis laut Studie jedoch zu nur knapp zehn Prozent.

Ottmar Edenhofer, Direktor des MCC, forderte einen verbindlichen Preiskorridor für das EU-Emissionshandelssystem. Es brauche einen Mindestpreis, um die Unternehmen zu Investitionen in kohlenstoffarme Technologien zu ermuntern, aber auch eine Preisobergrenze, um positive Konjunktorentwicklungen nicht wieder abzuwürgen. [sl]

► www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421514003966

Erneuerbare Energien**Aus für Südosttrasse**

■ Die Gleichstrom-Südosttrasse von Bayern nach Sachsen-Anhalt wird nicht wie geplant gebaut. Das verkündete Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) im Sommer. Er hält den Bürgerwiderstand für zu gefährlich und fürchtet Klagen. Die Trasse soll stattdessen in veränderter Form von Bayern nach Mecklenburg-Vorpommern gebaut werden. Laut Gabriel ist das erforderlich, um Stromengpässe und unterschiedliche Strompreiszonen zu verhindern. [sl]

► www.netzausbau.de

EU-Energieeffizienz I**Noch Verbesserungspotenzial**

■ Bis Juli hat die EU-Kommission Verbände, Wirtschaft, Verwaltung und interessierte BürgerInnen zur Zukunft der

Energieeffizienzpolitik befragt. Die Ergebnisse der Konsultation zeigen, dass es noch großes Verbesserungspotenzial gibt.

Viele Antworten wiesen darauf hin, dass es vor allem in der Industrie bisher ungenutzte Möglichkeiten zur Energieeinsparung gebe. Diese könnten erschlossen werden, indem die bisher freiwilligen Energieaudits der Energieeffizienzrichtlinie verbindlich würden. Außerdem gab es Forderungen, ein verbindliches Renovierungsziel für den Gebäudesektor für das Jahr 2030 zu beschließen. Es sei jedoch auch eine bessere Umsetzung der vorhandenen Gesetze notwendig. [lr]

- Ergebnisse der Konsultation:
www.kurzlink.de/konsuleed14

EU-Energieeffizienz II

Oettinger knickt vor Atom- und Kohleinteressen ein

■ Die EU-Kommission hat im Sommer einen Vorschlag für ein Energieeffizienzziel von 30 Prozent bis 2030 veröffentlicht. Ob das Ziel verbindlich wird, will die EU-Kommission der Entscheidung der Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel im Oktober überlassen. Umweltverbände und Teile der Industrie zeigten sich enttäuscht.

„EU-Kommissar Oettinger hat die Energieeffizienz den Interessen der Kohle- und Atomindustrie geopfert und ein schwaches Energieeffizienzziel vorgelegt, bei dem die Verbindlichkeit vollkommen offen ist“, sagte Hartmut Vogtmann, Präsident des Deutschen Naturschutzrings.

Ein unverbindliches Ziel von 30 Prozent führt aus Sicht der Umweltorganisationen zu einer Stagnation von Energieeffizienz – und das in einer Zeit, in der alle Regierungen davon redeten, die massive Abhängigkeit von fossilen Energien und Gasimporten zu senken. „Europa will das Klima schützen, Energiekosten sparen und Arbeitsplätze schaffen, doch der Vorschlag nutzt die vorhandenen Möglichkeiten nicht aus“, so Vogtmann. Der DNR hatte wie das EU-Parlament

ein verbindliches Ziel von 40 Prozent gefordert. Umweltverbände hoffen nun auf Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie entscheidet am 23. Oktober mit den Staats- und Regierungschefs der EU über alle drei Klima- und Energieziele. [sl]

- www.kurzlink.de/eceec2014

Energieeffizienz I

Blauer Brief für Deutschland

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil es die Energieeffizienzrichtlinie nicht fristgemäß umgesetzt hat. Das geht aus einer Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Julia Verlinden an das Wirtschaftsministerium hervor. Deutschland ergreife zu wenige Maßnahmen, um die EU-Energiesparziele zu erreichen, kritisierte Verlinden. Dieser Auffassung ist auch die EU-Kommission, die den Druck auf Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erhöht. In einem Mahnschreiben droht EU-Umweltkommissar Janez Potočnik der Bundesregierung auch finanzielle Sanktionen an. Deutschland ist demnach verpflichtet, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 2008 zu senken. [md]

- www.kurzlink.de/anfr0814

Energieeffizienz II

Mehr effiziente Kühlschränke

■ Seit April unterstützt das Umweltministerium Empfänger von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Wohngeld mit 150 Euro bei der Anschaffung eines neuen Kühlschranks der Energieeffizienzklasse A+++ . Bis jetzt haben 190 Haushalte den Gutschein eingelöst. Ursprünglich plante das Ministerium mit der Hilfe insgesamt 16.000 Kühlschränke innerhalb von zwei Jahren auszutauschen. [sl]

- www.kurzlink.de/bmub010414

Ökodesign I

Neue Standards für Computer und Staubsauger

■ Seit dem 1. Juli entsprechen alle in der EU verkauften Computer erstmalig Ökodesignenergieeffizienzstandards. Die Standards betreffen jährlich rund 70 Millionen Desktop- und Tablet-Computer, Notebooks, Thin-Clients, Workstations und Computerserver in Europa.

Nach Schätzungen der EU-Kommission führen die Ökodesignmaßnahmen zu jährlichen Energieeinsparungen von mindestens 12,5 Terrawattstunden. Das entspricht laut BUND einer Leistung von 16 mittelgroßen Kohlekraftwerken oder dem CO₂-Ausstoß von 2,5 Millionen Autos. Der umweltfreundlichste Computer ist aus Sicht des BUND jedoch nach wie vor jener, dessen Nutzung möglichst lange erfolge. „Bei der Herstellung der Geräte werden deutlich mehr Energie und Ressourcen eingesetzt als bei ihrem alltäglichen Gebrauch“, erklärt Robert Pörschmann, Energieexperte des BUND.

Seit September müssen auch Staubsauger weniger Energie verbrauchen und robuster gebaut werden. Ein neues Etikett informiert künftig auch, wie laut und saugstark das Gerät ist. Laut Umweltbundesamt können EU-weit mit der Neuregelung bis zum Jahr 2020 knapp fünf Kraftwerke eingespart werden. [Quelle: UWD, sl]

- BUND, Energieexperte Robert Pörschmann, Tel. +49 (0)30 / 27586-436, E-Mail: robert.poerschmann@bund.net, www.bund.net

Ökodesign II

Debatte versachlichen

■ Die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) hat zum Inkrafttreten der Effizienzstandards für Staubsauger am 1. September gefordert, die Debatte um Ökodesign zu versachlichen. EU-Abgeordnete wie Herbert Reul (CDU) hatten im Wahlkampf Stimmung gegen Energievorgaben gemacht.

„Bei der Diskussion um die EU-Regelungen für Staubsauger & Co. sollte man nicht in Anti-EU-Populismus verfallen“, mahnte Carsten Müller, Vorstandsvorsitzender der DENEFF. Die Vorteile einheitlicher Mindeststandards lägen auf der Hand: Über 500 Millionen Verbraucher würden vor Energiefressern geschützt, ohne dass sie dadurch eingeschränkt würden oder Aufwand betreiben müssten. Allein durch effizientere Staubsauger würden fünf große Gaskraftwerke in der EU überflüssig.

In ihrem Hintergrundpapier entkräftet die DENEFF einige gängige Mythen um Ökodesign. So glaubten viele Verbraucher, dass die EU sie zwingen wolle, alte Geräte auszutauschen, und die Regelungen in dunklen Hinterzimmern von Bürokraten ausgeheckt würden. Über die Vorteile von Ökodesign wird hingegen selten berichtet. So mache Energieeffizienz von Energieimporten unabhängiger, spare Kosten und schütze die Umwelt. Untersuchungen der Stiftung Warentest zeigen, dass Befürchtungen, die Leistung der Staubsauger könne unter den Effizienzvorgaben leiden, unbegründet sind. Die Sauger mit den besten Noten arbeiten in der Regel schon heute mit weniger Watt. Es besteht also keine Gefahr von Staubfusseln auf dem Teppich. [sl]

► www.kurzlink.de/effmyth

Agrartreibstoff

Konsum geht zurück

■ Der Verbrauch pflanzlicher Treibstoffe in der EU ist 2013 um 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Damit ging der Konsum das erste Mal seit 2003 zurück. Auch in Deutschland, das in Europa nach wie vor der größte Verbraucher von Agrartreibstoff ist, sank der Verbrauch im vergangenen Jahr um 9,2 Prozent. Diese Entwicklung fiel mit dem Ende der steuerlichen Vergünstigungen für Agrartreibstoff zusammen. Der Anteil am deutschen Gesamtverbrauch sank von 5,8 Prozent auf 5,2 Prozent. [pw]

► www.ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/ms_reports_dir_2003_30_en.htm

Energieeffizienz für eine naturverträgliche Energiewende

Sie ist fast unsichtbar und wird oft vergessen. Sie rechnet sich oft von allein und wird doch nicht ausreichend finanziert. Sie soll Stützpfeiler der Energiewende werden, aber wird selten umgesetzt: Energieeffizienz. VON ULF SIEBERG, NABU

Derzeit ringen die europäischen Regierungen um neue Ziele für die Klima- und Energiepolitik bis 2030. Diese wollen sie im Oktober auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs verabschieden. Die EU-Kommission schlägt vor, die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu reduzieren. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll auf 27 Prozent steigen. Das Ziel für Energieeffizienz liegt bei 30 Prozent. Ob es verbindlich werden soll, ist nicht gesichert.

Die Ziele hängen miteinander zusammen. Je geringer das CO₂-Ziel ausfällt, desto weniger Anreize gibt es, Energie einzusparen. Damit sinkt der Handlungsdruck auf die EU-Staaten und die Ziele erfüllen sich quasi von selbst. Das Ambitionsniveau der Ziele entscheidet auch darüber, ob in den nächsten 16 Jahren tatsächlich eine ehrgeizige Klima- und Energiepolitik oder nur business as usual betrieben wird.

Ein wesentliches Instrument zum Erschließen der Energieeffizienzpotenziale sollte die EU-Energieeffizienzrichtlinie werden. Sie sieht eine rechtsverbindliche Festsetzung und Quantifizierung des EU-Energieeffizienzziels vor: Der Energieverbrauch der EU darf im Jahr 2020 nicht mehr als 1.483 Millionen Tonnen Rohöleinheiten (RÖE) Primärenergie oder 1.086 Millionen Tonnen RÖE Endenergie betragen. Zudem müssen die Mitgliedstaaten ein vorläufiges nationales Energieeffizienzziel festlegen und bis 2020 bestimmte Endenergieeinsparungen erzielen. Hinzu kommen Energieeinsparungen für Verbraucher, Energieaudits für große Unternehmen und die Steigerung der Sanierungsrate öffentlicher Gebäude auf drei Prozent.

Die Richtlinie hätte bis zum 5. Juni 2014 umgesetzt werden sollen, doch mehr als die Hälfte der EU-Länder, darunter auch Deutschland, haben die Frist verstreichen lassen. Daraufhin eröffnete die EU-Kommission ein noch laufendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Das federführende Bundeswirtschaftsministerium meldete ein um 16,6 Prozent zu niedriges Einsparziel. Diese Lücke soll unter anderem der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPEE) schließen. Er soll zum

Beispiel die Aufstockung und Verstetigung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms, den Ausbau kostenloser Energieberatung für einkommensschwache Haushalte und die Unterstützung von Investitionen in energiesparende Haushaltsgeräte beinhalten. Er soll mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 am 19. November dieses Jahres vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Während die Bundesregierung den Zielvorgaben der EU nur zögerlich nachkommt und den Beschluss neuer Instrumente und Maßnahmen verweigert, testet Russlands Präsident Wladimir Putin angesichts der Ukraine-Krise den Druckabfall in der Gazprom-Pipeline, sodass weniger Erdgas in die Ukraine, nach Polen und Deutschland strömt. Somit könnte Energieeffizienz tatsächlich zum Motor für mehr Unabhängigkeit, Klimaschutz, die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und für Arbeit und Beschäftigung werden.

Bis 2020 könnten in der Effizienzbranche mindestens 250.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Allein im Wärmebereich könnten Effizienzmaßnahmen die Importabhängigkeit von russischem Gas in 20 Jahren halbieren, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Millionen Tonnen reduzieren, das Bruttoinlandsprodukt bis 2020 um ein halbes Prozent steigern und Verbraucher um etwa 3,8 Milliarden Euro entlasten. Energieeffizienz würde damit nicht nur Energie bezahlbarer und die Versorgung sicherer machen, sondern auch eine naturverträglichere und bedarfsgerechte Energiewende ermöglichen.

Die EU-Länder könnten ihr Bruttoinlandsprodukt auf 1,1 Prozent steigern, würden sie ihr Energieeffizienzpotenzial voll ausschöpfen. Verharrt die EU hingegen auf dem derzeitigen Stand, sind es nur 0,25 Prozent – angesichts der stagnierenden Konjunktur in Europa ein nicht zu verachtender Beitrag.

Ulf Sieberg ist Referent für Energiepolitik und Klimaschutz beim NABU in Berlin, E-Mail: ulf.sieberg@nabu.de

Kohle I

Deutschland hat die dreckigsten Kraftwerke

■ Vier von fünf europäischen Braunkohlekraftwerken mit dem höchsten CO₂-Ausstoß liegen in Deutschland. Dies offenbarte Mitte Juli die Studie „Europe's Dirty 30“ der Klima-Allianz Deutschland. Mit jeweils neun Kohlekraftwerken teilen sich Deutschland und England den ersten Platz unter den größten CO₂-Verschmutzern.

Laut Studie wird das Kohleproblem nicht durch den Ausbau, sondern durch die starke Auslastung vorhandener Kohlekraftwerke verursacht. Viele der kohlebetriebenen Energiekraftwerke liefen wegen des relativ niedrigen Preises von Kohle nahezu auf Hochbetrieb. Dies führe trotz des Ausbaus von erneuerbaren Energien zu einem Anstieg des CO₂-Ausstoßes.

In Deutschland erreichte die Elektrizitätsproduktion aus Braunkohle im Jahr 2013 ihren Höchststand seit der Wiedervereinigung. Durch den höheren Anteil von Braunkohle am Strommix steigt laut Klima-Allianz die Gefahr, dass Deutschland sein Ziel, die Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 zu reduzieren, nicht halten kann.

Die Verbrennung von Kohle stößt neben klimaschädlichem Kohlendioxid auch Schadstoffe aus, die zu einer Reihe von Gesundheitsproblemen führen, zum Beispiel Asthma und Krebs. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieht Luftverschmutzung als einen der Hauptgründe für Krebstote. Der schnelle Abbau von CO₂-Emissionen aus Kohlekraftwerken hat der Studie zufolge daher oberste Priorität. [Quelle: Klima-Allianz, sl]

► www.awsassets.panda.org/downloads/dirty_30_report_finale.pdf

Kohle II

Peking steigt aus

■ In Peking haben die Behörden in sechs Distrikten Verbotszonen errichtet, in denen keine Kohle und andere die Luft stark belastenden Energieträger mehr verbrannt wer-

den dürfen. Bis 2020 will die Regierung alle Kohlekraftwerke in den Zonen schließen. Durch die Restriktionen für Kohlekraftwerke wegen Smog sank der Kohleverbrauch in Peking im ersten Halbjahr 2014 um etwa sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2013 lag der Verbrauch noch bei etwa 19 Millionen Tonnen. Bis 2017 soll er auf unter 10 Millionen Tonnen sinken. [sl]

► www.energiezukunft.eu/ueber-den-tellerrand/peking-verbannt-kohle-gn102409

Atomkraft

Zu wenig Geld für Ausstieg?

■ Die Bundesregierung befürchtet, dass die Rücklagen für den Rückbau deutscher Atomkraftwerke nicht ausreichen. Bis jetzt haben die Konzerne 36 Milliarden Euro gesammelt. In einem Schreiben von Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake an die Grünen-Bundestagsfraktion heißt es, dass die Regierung das Gespräch mit den Kraftwerksbetreibern sucht.

Im Mai hatten die Konzerne der Regierung vorgeschlagen, die Rückstellungen in eine öffentlich-rechtliche Stiftung, und damit in die Verantwortung der Bundesregierung zu überführen. Laut dem aktuell erschienenen World Nuclear Industry Status Report 2014 befindet sich die Atomkraft auf dem absteigenden Ast. Nur noch 10,8 Prozent des weltweit erzeugten Stroms kam vergangenes Jahr aus Atomreaktoren. 1996 waren es noch 17,6 Prozent. [sl]

► www.bund.net/themen_und_projekte/atomkraft

Fracking

Umweltbundesamt für strenge Regeln

■ Maria Krautberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes (UBA), hat im Sommer eine strenge gesetzliche Regulierung für das umstrittene Fracking gefordert. Ein Verbot wäre jedoch schwer umsetzbar, hieß

es bei der Präsentation des Gutachtens. Solange die Risiken nicht vorhersehbar sind, plädiert Krautberger auf einen Verzicht des unkonventionellen Frackings bis mindestens 2021. Gesetze im Bergrecht und Wasserhaushaltsgesetz sollen Fracking bis 3.000 Meter unmöglich machen. Konventionelle Erdgasförderung aus tieferen Lagerstätten sei hingegen erlaubt. Einzig in sensiblen Gegenden wie Wasserschutzgebieten solle komplett auf Bohrungen verzichtet werden. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks begrüßte das Gutachten. Es leistete Hilfestellung für einen Gesetzesentwurf, der nach der Sommerpause kommen soll.

Die Problematik der Aufbereitung des freigesetzten Gemisches aus Chemikalien, Wasser und Sand bleibt laut UBA noch bestehen. Zum Schutz des Grundwassers würden aber Monitoring sowie ein Chemikalienkataster ausreichen. Der Deutsche Naturschutzring hingegen fordert ein grundsätzliches Verbot von Fracking und eine entsprechende Reform des Bergrechts. [md]

► www.umweltbundesamt.de/presse/presseinformationen/fracking-jetzt-regulieren

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZFairtrade

Von der Nische zum Mainstream

■ Die Nachfrage von Produkten mit dem Fairtradesiegel steigt, doch dessen Glaubwürdigkeit steht infrage. Die Branche feierte im September auf der Messe in Dortmund die gestiegenen Verkaufszahlen. Laut Jahresbericht von Fairtrade Deutschland wuchs der Umsatz 2013 um 23 Prozent auf 654 Millionen Euro. Experten befürchten, dass die Konzentration auf steigende Produktionszahlen die Ziele des fairen Handels bedrohen. Expandierende Landwirtschaftsbetriebe im globalen Süden haben schlecht bezahlte Erntehelfer eingestellt. Dies soll mit den seit Anfang des Jahres geltenden

neuen Standards vermieden werden. Die Siegelorganisation Fairtrade International kommt auch Großunternehmen entgegen. Das neue Siegel des aktuellen Rohstoffprogrammes gilt nur für einen Rohstoff eines Produktes. Dadurch dürfen die anderen Rohstoffe aus konventioneller, ungeprüfter Produktion stammen. [jb]

► www.fairtrade-deutschland.de

Getränkeverpackungen

Bessere Kennzeichnung nötig

■ Die Kunden wollen umweltfreundlich einkaufen, doch es fehlen klare Informationen auf den Verpackungen und am Einkaufsort. Dies ergab eine Studie der Verbraucher Initiative. Sie hat Ende August eine Informationsaktion in Kölner REWE-Märkten gestartet. Die Initiative hat vor Ort informiert und Befragungen durchgeführt. Es werden immer weniger umweltfreundliche

Getränkeverpackungen verkauft, obwohl Verbraucher nach eigenen Angaben auf ökologische Aspekte achten. Das Pfandsystem und vorhandene Labels reichen nicht aus, um die Quote von nachhaltigeren Getränkeverpackungen zu steigern. Deswegen fordert Melanie Weber-Moritz von der Verbraucher Initiative die Getränkehersteller, Handel, Medien sowie Umwelt und Verbraucherverbände auf, für bessere und ausführliche Informationen zu sorgen. [jb]

- www.verbraucher.org
- www.verpackungsbarometer.de

Nachhaltige Produkte

Relaunch Onlineplattform

■ Die Verbraucherplattform EcoTopTen für nachhaltigen Konsum hat seit September neue Funktionen und ein neues Design. Wer sich über ökologische Spitzenprodukte informieren will, findet jetzt noch schneller

alle benötigten Informationen. Mit neuen Filtern kann man spezifische Angaben zu einzelnen Produkten vorgeben und findet die Modelle, die am besten auf die eigenen Bedürfnisse passen. [mbu]

► www.ecotopten.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarsubventionen

Wer erhält wie viel?

■ Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) hat im September die Namen der deutschen Agrarhilfsempfänger von 2013 veröffentlicht. Demzufolge haben 229 Empfänger über eine Million Euro aus dem Geldtopf der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erhalten. Zwar kommen mehr als die Hälfte der deut-

Nürnberg, Germany
11. - 14.2.2015

Zutritt nur für Fachbesucher

BIOFACH2015

into organic

Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel

Land des Jahres:
Niederlande

KONSEQUENT ZERTIFIZIERT.
NACHHALTIG INNOVATIV.

Wertvolle Einblicke in die Zukunft der Bio-Branche unter dem Motto „Organic 3.0“ auf dem BIOFACH Kongress, die wichtigsten Innovationen am BIOFACH Neuheitenstand und die Trendkategorie Free From. Wo? Natürlich auf der BIOFACH.

BIOFACH.DE

TRAGEN SIE DEN
TERMIN DIREKT IN
IHREN KALENDER EIN.

VERANSTALTER
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 09
Fax+49 (0) 9 11.86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de

schen Top-200-Empfänger aus der Privatwirtschaft, doch das meiste Geld fließt weiterhin in die öffentliche Hand. So erhielt der Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein knapp 22 Millionen Euro. Dies geht aus einem Überblick des Informationsportals EurActiv hervor. Auch Unternehmen mit wenig Verbindung zur landwirtschaftlichen Produktion wie der Rüstungskonzern Rheinmetall oder die Energieversorger RWE und E.ON profitieren von Beihilfen aus dem Etat der GAP. [jb]

- ▶ Datenbank der BLE:
www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche
- ▶ Deutsche Empfänger von EU-Agrarbeihilfen 2013:
www.kurzlink.de/euract-agrarbeihilfe

Agrarwende

Tausende gingen gegen Agrarindustrie auf die Straße

■ Ende August haben in Potsdam gut 3.000 Menschen gegen Massentierhaltung und intensive Landwirtschaft demonstriert. Sie forderten die Abkehr von der Agrarindustrie und stattdessen eine bäuerliche, tier-, natur- und umweltgerechtere Landwirtschaft. Das Aktionsbündnis Agrarwende und die

Kampagne Meine Landwirtschaft hatten die Demonstration vor der Landtagswahl in Brandenburg organisiert, damit die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie ihre Abgeordneten zu einer umwelt- und artgerechten Landwirtschaft stehen. So waren zur Abschlusskundgebung die agrarpolitischen Sprecher der im Potsdamer Landtag vertretenen Parteien – Udo Folgart (SPD), Michael Luthardt (Die Linke), Dieter Dombrowski (CDU), Axel Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) und Gregor Beyer (FDP) eingeladen.

Der Biolandwirt aus der Uckermark Stefan Palme brachte das Anliegen der Demoteilnehmer auf den Punkt: „Mittlerweile haben fast alle kapiert, dass unsere Landwirtschaft langfristig nur dann eine Zukunft hat, wenn sie eine hohe Wertschöpfung erzielt, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Nur in Brandenburg nicht, dort bekennt man sich zur Ideologie des agroindustriellen Maßstabs. Immer größere Tiermastanlagen, immer monotone Fruchtfolgen, immer größere Agrarholdings, die das Land unter sich aufteilen. Brandenburg hat eine bessere Agrarpolitik und eine bessere Landesregierung verdient!“

Gegen Mega-Mastanlagen können Brandenburgerinnen und Brandenburger auch weiterhin ihr Veto einlegen und für die Volksinitiative „Stopp Massentierhaltung“ stimmen. Zum Redaktionsschluss waren bereits rund 43 Prozent mehr als die

erforderlichen Stimmen gesammelt. [mbu]

- ▶ Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg, Michael Wimmer, Tel. +49 (0)30 / 284824-39, E-Mail: m.wimmer@foel.de
- ▶ Meine Landwirtschaft, Jochen Fritz, Tel. +49 (0)30 / 284824-37, fritz@meine-landwirtschaft.de

Pestizideinsatz

Glyphosatstopp gefordert

■ Ein Bündnis aus Landwirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen hat anlässlich der Agrarministerkonferenz im September Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt aufgefordert, Menschen, Tiere und Umwelt besser vor dem umstrittenen Pestizidwirkstoff Glyphosat und anderen Pestiziden zu schützen.

In einem offenen Brief appellierten die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner an den Minister, verbindliche Vorgaben für Agrarumweltprogramme zu machen und Landwirte nur dann durch Agrarumweltmaßnahmen zu unterstützen, wenn sie kein Glyphosat und andere giftige Stoffe auf ihren Äckern anwenden. Eine Förderung durch öffentliche Programme für den Umweltschutz verweigerte sich nicht mit dem Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden, hieß es.





euregia
Kommunal- und
Regionalentwicklung in Europa
27. bis 29.10.2014



LEIPZIGER MESSE

„Stadt der Zukunft! Mobilität der Zukunft“
28.10.14 | 10:00 – 12:15 Uhr

„Elektromobilität – eine Herausforderung für die Stadt- und Verkehrsplanung“
28.10.14 | 13:00 – 17:00 Uhr

„Partizipation und Kommunikation – aktive Bürgerbeteiligung 2.0“
28.10.14 | 14:00 – 15:30 Uhr

„INTERREG VB – Fördermöglichkeiten im neuen Programm Central Europe 2020“
28.10.14 | 10:00 – 15:00 Uhr

Parallel findet statt:



Mobilität neu denken
27. – 29.10.2014

Das ausführliche Programm finden Sie unter:
www.euregia-leipzig.de/veranstaltungen

Die zwölf Nichtregierungsorganisationen kritisieren vor allem das aktuelle EU-Neuzulassungsverfahren für Glyphosat, dessen Genehmigung Ende 2015 ausläuft. Das in Deutschland für die Risikoprüfung federführende Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ist der Auffassung, dass Glyphosat nicht giftig für Menschen sei und empfiehlt die Neuzulassung. Zu dieser Einschätzung koordiniert derzeit die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ein Konsultationsverfahren. Der Bewertungsbericht des BVL zeige, dass die Entwarnung vor allem auf Studien von Unternehmen basiert, die selbst Glyphosat produzierten und daher ein hohes Interesse an positiven Ergebnissen hätten, so die Unterzeichner.

Es gebe genug Hinweise auf Gefahren, die ein Glyphosatverbot rechtfertigten, betonte Susan Haffmans vom Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN). Glyphosat durch andere, ebenfalls hoch problematische Totalherbizide zu ersetzen, sei jedoch keine Lösung. Vielmehr müsste der nicht chemische Pflanzenschutz politisch stärker gefördert werden. [mbu]

- ▶ Offener Brief (31.7.2014): www.pan-germany.org/download/Offener_Brief_Minister_Schmidt_140731_final.pdf

Artenschutz

Pflanzenschutzmittel zerstören Bienennahrung

■ Imker und Umweltverbände haben Ende August gegen den Verlust von artenreichem Grünland durch intensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung protestiert. Bienen gingen dadurch im Spätsommer die letzten Weidegründe verloren, heißt es in einem Schreiben an Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. „Wir fordern einen sofortigen Stopp des Pestizideinsatzes auf artenreichem Grünland“, sagte Manfred Hederer, Präsident des Deutschen Berufs- und Erwerbssimkerbunds (DBIB). Durch den Einsatz von Pflanzengiften gegen Wildkräuter auf Wiesen und

Weiden fänden nicht nur Bienen keine Nahrung mehr, auch viele andere Insekten verlören ihre wichtigen Lebensräume. Den Appell zum Stopp der Pestizide unterstützen der BUND, der DBIB, PAN Germany, Greenpeace und der NABU. [mbu]

- ▶ www.pan-germany.org/download/presse/PI_Verbaende_Gruenland_V21_10final.pdf

Ackergifte

Neonicotinoide schaden Vögeln

■ Neonicotinoide gelten als Ursache des Bienensterbens. Eine niederländische Studie zeigt jetzt auf, dass die Insektizide auch für den Verlust von Feldvögeln verantwortlich sind. Laut der Studie sank die Bestandsdichte verschiedener Vogelarten in den Gegenden am stärksten, in denen die Verseuchung durch Neonicotinoide am höchsten war. Stare, Spatzen und Schwalben waren besonders betroffen. Mindestens 95 Prozent der Neonicotinoide, die eigentlich nur für das Bespritzen von Kulturpflanzen gedacht sind, waren weit über die Felder hinaus nachweisbar und töteten auch dort Insekten. Fehlende Insekten wiederum entziehen den Feldvögeln die Nahrungsgrundlage. [dh, Quelle: UWD]

- ▶ Quelle: EU-Umweltbüro Österreich www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=4683

Genpflanzenzulassung

EU-Abgeordnete debattieren weiter über Anbauverbot

■ Die Mitglieder des Umweltausschusses im EU-Parlament haben im September ihre Positionen über die sogenannte Opt-Out-Regelung ausgetauscht. Diese soll es den Mitgliedstaaten erleichtern, nationale Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen zu erlassen.

Unter den EU-Abgeordneten und Umweltverbänden ist der Vorschlag umstritten. Sie befürchten, dass die Souveränität der EU-Länder eingeschränkt wird und noch mehr genmodifizierte Pflanzen angebaut werden könnten. Das Opt-Out-Verfahren sieht vor, dass Staaten einen Gentechnikkonzern fragen müssen, ob er auf den Anbau seines Produkts auf ihrem Territorium verzichtet. Dabei vermittelt die EU-Kommission. Für die Kritiker ist das zu viel Einfluss der Konzerne. Als Gegenleistung für eine Ausnahmeregelung könnten die Unternehmen beispielsweise verlangen, dass weitere Produkte von ihnen genehmigt werden, so die Sorge. Eine solche Bittstellerposition lehnen die Verbände und zahlreiche Parlamentarier ab.

Der Umweltausschuss wird bis Ende des Jahres einen Entwurf für das Parlamentsplenar vorlegen, das im Januar 2015 darüber abstimmen soll. Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission werden in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Unterdessen haben sich die deutschen Landwirtschaftsminister für ein bundesweit einheitliches Anbauverbot ausgesprochen. Auf der Agrarministerkonferenz im September in Potsdam forderten sie die Bundesregierung auf, bei künftigen Abstimmungen im EU-Rat über Anbauzulassungen von Genpflanzen dagegenzuvotieren, wenn die Opt-out-Möglichkeit genutzt werden soll. [mbu]

- ▶ EU-Parlament zu Anbau von Gentechnikpflanzen: www.kurzlink.de/eu-parl-genpflanzen
- ▶ Ergebnisse Agrarministerkonferenz: www.kurzlink.de/amk-09.2014

Genpflanzenzüchtungen

Drei Viertel der vergebenen Patente genmodifiziert

■ Im vergangenen Jahr haben die Patentämter 220 Patente auf landwirtschaftlich genutzte Pflanzen und Tiere erteilt. Drei Viertel davon sind gentechnisch verändert, heißt es in einem Bericht des Justizministeriums an den Bundestag. 163 der Patente ▶

wurden für gentechnisch veränderte Pflanzen oder Tiere vergeben. Die meisten Patente hat das Europäische Patentamt (EPA) erteilt, eines das Deutsche Patentamt.

Demnach stammen nur knapp zehn Prozent der Pflanzen und über die Hälfte der Nutztiere, die im Jahr 2013 patentiert wurden, aus konventioneller Züchtung. Umwelt- und Verbraucherschutzverbände kritisieren, dass diese Züchtungen von den Patentämtern als „Erfindung“ anerkannt werden. Denn laut Europäischem Patentübereinkommen sind solche Patente nicht zulässig. Auf „Pflanzensorten oder Tierrassen sowie im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren“ würden keine Patente erteilt, heißt es dort.

Anlässlich einer öffentlichen Anhörung des EPA Ende Oktober in München zu diesen Patenten ruft das Bündnis „No Patents on Seeds“ zu einer Demonstration auf. Die Kritiker fordern eine Verschärfung des Patentübereinkommens. Zuständig dafür wäre das Justizministerium, das Deutschland im Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts vertritt. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de
- ▶ Bericht Patentmonitoring Bundestag: www.bundestag.de/presse/hib/2014_08/-/295
- ▶ www.no-patents-on-seeds.org

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Natura 2000

Biodiversität braucht komplexes Management

■ Wie können der Schutz der Biodiversität und eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung in Natura-2000-Schutzgebieten miteinander verbunden werden? Diese Frage haben ForscherInnen im Auftrag der EU-Kommission bearbeitet und ein System zur Bewertung von Managementplänen für Natura-2000-Schutzgebiete veröffentlicht. Das Natura-2000-Netzwerk ist ein Netz von Schutzgebieten, das in der EU nach

Vorgaben der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) errichtet wird.

Die WissenschaftlerInnen haben die Größenordnung der biologischen Vielfalt und der menschlichen Eingriffe anhand von Daten über bestehende Schutzgebiete bestimmt und vier Kategorien von Schutzgebieten erstellt. In der ersten Gruppe, in die mehr als die Hälfte der untersuchten Schutzgebiete fallen, gibt es eine überdurchschnittlich hohe Artenvielfalt und überdurchschnittliche Auswirkungen durch menschliche Aktivitäten. Hier gibt es den höchsten Bedarf an Managementplänen, die sozioökonomische Entwicklungen und Schutzmaßnahmen integrieren. Gebiete der zweiten Gruppe weisen eine hohe Biodiversität und geringe menschliche Eingriffe auf, Gebiete der dritten Gruppe eine geringe Biodiversität und wenige Eingriffe und die der vierten Gruppe eine geringe Biodiversität und viele Eingriffe. Laut den ForscherInnen reichen für Schutzgebiete der letzten beiden Gruppen Managementpläne aus, die Schutzmaßnahmen ohne die Integration sozioökonomischer Entwicklungen durchführen.

In der FFH-Richtlinie gelten Managementpläne als wichtige Werkzeuge, um Schutzmaßnahmen in Natura 2000-Gebieten umzusetzen. Zudem hat die Kommission ein Handbuch über die Finanzierungsmöglichkeiten von Natura-2000-Projekten für die Förderperiode von 2014 bis 2020 veröffentlicht. [ej]

- ▶ Mitteilung der Kommission: www.kurzlink.de/sep381

Bodenschutz

Regeln für Cadmium

■ Düngemittel sind zu großen Teilen für Bodenverschmutzung verantwortlich und müssen besser von der EU reguliert werden. Das sind die Schlussfolgerungen aus der Konsultation vom letzten Jahr über den nachhaltigen Gebrauch von Phosphaten, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Über die Hälfte der TeilnehmerInnen der Konsultation forderte die EU-Kommission auf,

auch den Gebrauch von Cadmium besser zu regulieren und die Regelungen zum nachhaltigen Düngereinsatz zu verbessern. Cadmium ist ein Schwermetall und Bestandteil verschiedener Phosphate, die in Düngemitteln verwendet werden. Nach Angaben des europäischen Umweltinformationsdienstes ENDSEurope arbeitet die Abteilung für Unternehmen und Industrie der Kommission zurzeit an einer Revision der Verordnung über Düngemittel und plant, den Cadmiumgehalt auf 60 Milligramm pro Kilogramm Phosphat zu begrenzen. Letztes Jahr ist bereits ein Cadmiumgrenzwert für Düngemittel debattiert worden, ein Gesetzesvorschlag scheiterte laut ENDSEurope jedoch am Widerstand einiger Mitgliedstaaten.

Weiterhin haben etwa zwei Drittel der TeilnehmerInnen der Konsultation angegeben, sie sehen die Versorgungssicherheit von Phosphaten als ernst zu nehmendes Problem. Die Hälfte sprach sich dafür aus, die Wiedergewinnung von Phosphor aus biologisch abbaubarem Abfall zu verbessern, und betonte die Notwendigkeit einer strikteren Abfalltrennung sowie einer einheitlichen Regelung innerhalb der EU. [ej]

- ▶ Ergebnisse der Konsultation: www.kurzlink.de/COM/2013/517
- ▶ www.endseurope.com

Holzerzeugnisse

EU-Länder säumig

■ Seit März 2013 gilt die EU-Verordnung für Holz und Holzerzeugnisse (EU Timber Regulation, EUTR), zwölf EU-Mitgliedstaaten haben die Vorschriften aber noch nicht vollständig umgesetzt. Das zeigen aktuelle Daten der Europäischen Kommission. Die EUTR enthält Verbote für die Einführung von illegal geschlagenem Holz und Holzprodukten in den EU-Markt. Zudem gibt es eine Sorgfaltspflichtregelung, die Händler verpflichtet, Informationen zu ihren Einfuhrgeschäften offenzulegen. Das schließt auch Risikobewertungen ein, ob es sich bei der Einfuhr um illegal geschlagenes Holz handeln könnte. Gibt es dieses Risiko, muss

raum&zeit *thema*:

Die Welt verändern – jetzt!

Es tut sich was! Immer mehr Menschen suchen nach Alternativen, um die Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden. Veraltete Strukturen in Politik und Gesellschaft werden aufgebrochen und Raum für ein neues ganzheitliches Bewusstsein geschaffen. raum&zeit informiert seit über 30 Jahren auf unabhängige und innovative Weise über ganzheitliche alternative Lebens- und Denkweisen. In diesem Themenheft werden nun ganz praktische Modelle, Initiativen und Pioniere der Veränderung vorgestellt.

Niemand kann mehr sagen: „Wir können eh‘ nichts tun“, oder „Wir sind Staat, Geldsystem Globalisierung und institutionalisierten Strukturen alternativlos ausgeliefert“. Im Gegenteil! Wir haben es in der Hand, wie tausende Graswurzelbewegungen, Vereine und Lebensgemeinschaften zeigen. Jeder Einzelne kann Zeichen setzen – und mit Gleichgesinnten eine bessere Welt gestalten!



Unter anderem mit diesen Themen

- Alternative Wirtschaftssysteme, Regiogeld und Gradido
- Transition Town: Nachhaltige Stadtentwicklung dank engagierter Bürger
- Zukunftsmodelle: Solidarische Landwirtschaft und ökologische Gemeinschaften
- Helden des Wandels: Menschen, die die Welt verändern
- Grüne Banken und gemeinfördernde Krankenkassen – der Bürger entscheidet
- Architektur und Landschaftsgestaltung: In Harmonie mit dem Leben
- Energie aus Wasser und Luft – längst gibt es faszinierende neue Methoden der Energiegewinnung: Browns Gas, Kalte Fusion, Freie Energie
- Elektromog – Gefahren und wie man sich davor schützen kann
- Mit vielen Tipps und Adressen für ein neues Leben und Denken

raum&zeit *thema*:Ökologie
Erde in Not

raum&zeit, das „Magazin der neuen Dimension der Wissenschaft“, wird im Oktober eine neue Ausgabe der Themen-Reihe veröffentlichen: das Sonderheft zum Thema Ökologie. Ob die Ölpest im Golf von Mexiko, das Abholzen der tropischen Regenwälder, die Flut von Pestiziden auf unseren Äckern oder die Schädigung von Mensch, Tier und Pflanze durch Elektromog – die Welt und ihre Bewohner sind gefährdet durch ökologische Sünden. Das Themenheft Ökologie bietet einen klärenden Überblick über die globale Bedrohung unserer Lebensgrundlagen im 21. Jahrhundert. Aber es zeigt auch Wege aus der Krise. Wie zum Beispiel eine Privatinitiative zur Rettung des Regenwaldes. Oder den nachhaltigen Umgang mit heimischen Pflanzen. Es beleuchtet den holistischen Ansatz der indigenen Völker als Modell einer künftigen gesunden Umwelt. Und es macht deutlich, dass der Mensch nur überleben wird, wenn er sich wieder in Einklang mit der Schöpfung bringt.

NEU: raum&zeit *thema* Abonnement – das Plus zu Ihrem raum&zeit-Abo

raum&zeit *thema* ist eine 2x jährlich erscheinende Sonderheft-Edition der raum&zeit mit wechselnden Schwerpunktthemen.

Ab sofort können Sie sich die raum&zeit *thema* Hefte regelmäßig im Abonnement bequem nach Hause schicken lassen, und das zum günstigen Abonnementpreis und ohne zusätzliche Versandkosten (nur Inland). Das raum&zeit *thema* Abonnement umfasst zwei Ausgaben pro Jahr und kostet nur 18,- €/Jahr.

(Bei Versand ins europäische Ausland zzgl. 6,00 € Versandkosten/Jahr).

Oder als Einzelheft für 9,50 € plus Versand (raum&zeit Abonnenten 9,- €)

Einfach bestellen unter: ehlers verlag GmbH, Geltinger Str. 14c, 82515 Wolfratshausen, Tel.: 08171/41 84-60 oder per Mail an abo@ehlersverlag.de.

Besuchen Sie uns im Internet: www.raum-und-zeit.com

der Lieferant überprüft werden. Malta, Spanien und Polen arbeiten derzeit aber an der Benennung einer zuständigen Behörde, der Einführung von Sanktionen und der Entwicklung eines Kontrollsystems. Diese Länder sowie fünf weitere Staaten haben jedoch noch keine Sanktionen beschlossen.

Umweltverbände kritisierten die Versäumnisse bei der Umsetzung der EUTR. Greenpeace-Waldpolitikexperte Sebastien Risso forderte rechtliche Schritte gegen Staaten, die die EUTR nicht einhalten. Außerdem müsse die Kommission auch die Wirksamkeit von Sanktionen überprüfen, diese seien in vielen EU-Ländern nämlich weder effektiv noch angemessen, erklärte Risso weiter. [md]

- ▶ Tabelle „Scorecard“:
www.ec.europa.eu/environment/forests/pdf/scoreboard.pdf
- ▶ EUTR: www.eec.europa.eu/environment/eutr2013

Baumschutz

Alleen müssen erhalten werden

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) warnen vor dem Rückgang

der Alleen in Deutschland und forderten im August in Berlin Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt auf, die Richtlinie für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeugrückhaltesysteme (RPS) von 2009 zurückzunehmen. Laut der neuen Abstandsregelung in der RPS sollen neue Bäume statt 4,50 Metern einen Abstand von 7,50 Metern zum Fahrbahnrand haben. Das soll der Verkehrssicherheit dienen. Allein in Brandenburg seien deshalb von 2010 bis 2012 mehr als 11.000 Bäume gefällt, aber nicht einmal zehntausend neu gepflanzt worden, bemängeln die Umweltverbände.

Bundesweit erhobene Zahlen fehlten, kritisiert DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Nötige Ersatzbäume würden Straßenbauämter aus Platz- und Geldmangel einfach woanders pflanzen. Schuld an der massenhaften Abholzung sei den Verbänden zufolge die Versicherungswirtschaft, die immer wieder versuche, die Gefährlichkeit von Straßenbäumen zu beweisen. Dabei seien Alleebäume wichtige Landschaftselemente, denn sie filtern Feinstaub und Schadstoffe. Naturschutzverbände forderten den Bundestag auf, die Richtlinie abzuschaffen. [md]

- ▶ RPS:
www.dnr.de/downloads/richtlinie-fuer-passenden-schutz-an-straen-_b.pdf

Artenschutz I

Kiebitze retten

■ Ende August ist ein neues Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kiebitzen im Bundesprogramm Biologische Vielfalt der Bundesregierung gestartet. Der Naturschutzbund Deutschland koordiniert es und das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt fördern es mit einer Million Euro. Das Projekt soll naturwissenschaftliche Grundlagen und praktische Maßnahmen zum Kiebitzschutz erarbeiten. Zudem sollen Landwirte dazu bewegt werden, dauerhaft Brutplätze, sogenannte Kiebitzinseln, für die Vögel bereitzustellen.

In den letzten 25 Jahren ging die Zahl der in Deutschland brütenden Kiebitze um 75 Prozent zurück. Durch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft finden die Bodenbrüter keine geeigneten Brutplätze mehr. Das liegt vor allem an der Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung und der Zunahme von Flächen für den Anbau von Energiepflanzen, wodurch es immer weniger Grünlandflächen und niedrig bewachsene Äcker gibt, in denen sie vorrangig brüten. Im Bundesprogramm Biologische Vielfalt setzt die Bundesregierung ihre Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt um und entspricht so dem Auftrag der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt. Die geförderten

Nachhaltigkeit

A-Z



Z wie Ziele

Wir ernähren uns nicht von Rohprodukten, sondern meist von zubereiteten Mahlzeiten – und wir essen fast immer in Gemeinschaft. Trotzdem werden die sozialkommunikativen und kulturellen Dimensionen der Ernährung viel zu selten berücksichtigt. Der hier vorgestellte human- und kulturökologische Ansatz tut genau dies und bezieht neben Fragen zur Umwelt, der Qualität unserer Nahrung und der Arbeitsteilung auch Ernährungssicherheit und Geschlechterperspektiven mit ein.

P. Teherani-Krönner, B. Hamburger (Hrsg.)
Mahlzeitenpolitik
 Zur Kulturökologie von Ernährung und Gender
 254 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-668-7

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Maßnahmen sollen den Artenschwund in Deutschland stoppen und in einen positiven Trend umkehren. [ej]

- ▶ www.nabu.de/themen/landwirtschaft/feldvoegel/16969.html
- ▶ www.umweltenergie.blogspot.de/2014/08/bmub-pressediens-nr-14014-biologische.html

Artenschutz II

Mehr Vogelarten bestimmt

■ Es gibt weltweit 361 Vogelarten mehr als bisher bekannt. Das geht aus der Roten Liste für Vogelarten hervor, die der europäische Umweltverband BirdLife im Auftrag des IUCN (International Union for Conservation of Nature) Ende Juli herausgegeben hat. BirdLife hat durch neue Analysemethoden festgestellt, dass viele Vogelarten, die bisher als Unterarten bekannt waren, eigenständige Arten sind. So gilt der Somali-Strauß nun als zweite Straußenart. Zuvor hielt man ihn für eine Unterart des Afrikanischen Straußes.

Ein Viertel der neuen Vogelarten haben die Umweltschützer direkt auf die Rote Liste gesetzt. Viele davon leben in Südostasien. Die Ergebnisse basieren auf dem ersten Teil einer Untersuchung, in der alle Nichtsperlingsvögel untersucht worden sind. Den zweiten Teil will BirdLife nächstes Jahr veröffentlichen und dann auch Sperlingsvögel neu bewerten. Die IUCN veröffentlicht mindestens alle vier Jahre die Rote Liste für Vogelarten. [ej]

- ▶ kurzlink.de/NABU240714
- ▶ www.birdlife.org/worldwide/news/Red-List-for-birds-2014

Artensterben

Anzahl der Wirbellosen halbiert

■ Innerhalb von 35 Jahren sind 45 Prozent der Wirbellosen ausgelöscht worden. Das geht aus einer Studie von ForscherInnen der

Universität Stanford hervor, die Ende Juli im Fachmagazin Science veröffentlicht worden ist. Als Gründe für den Rückgang nennen die WissenschaftlerInnen den Klimawandel und den Habitatverlust durch die gleichzeitige Verdoppelung der Zahl der Menschen. 1970 lebten auf der Erde noch vier Milliarden Menschen. 2011 waren es bereits sieben Milliarden. Zu Wirbellosen zählen Insekten, Spinnen, Insekten und Würmer. [ej]

- ▶ Science (Abstract): kurzlink.de/science25072014

TIERSCHUTZ & ETHIK

Nutztierhaltung

Welttierschutztag 2014: Appell an die Verbraucher

■ Den diesjährigen Welttierschutztag am 4. Oktober widmet der Deutsche Tierschutzbund dem Thema „Dauerhafte Billigpreise für Fleisch senken das Tierschutzniveau“. Damit macht er darauf aufmerksam, dass mit den sinkenden Preisen für Fleisch das Leid der Tiere steigt.

Vor allem die Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber müssten verbessert werden, denn die bestehenden machten die ausbeuterische Tierhaltung in der Landwirtschaft überhaupt möglich. Aber auch an die Käufer und Verkäufer appelliert der Deutsche Tierschutzbund. Handel und Discounter sollten keine Billigfleischware anbieten und Konsumenten sollten bereit sein, auch mehr Geld für Fleisch auszugeben.

„Wer sich beim Einkauf bewusst für mehr Tierschutz entscheidet, kann dadurch beeinflussen, wie die Tiere in der Landwirtschaft gehalten werden“, sagte der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder. [as]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

Legehennen

Unterstützung für Verbot des Schnabelkürzens

■ Der Handel hat mitgeteilt, dass er ein ab 2017 geplantes Verbot des Schnabelstutzens bei Hühnern mittragen will. Einen entsprechenden Erlass hatten Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zuvor angekündigt. Dem Tierschutzbund geht diese Initiative nicht weit genug. Auch die anderen Bundesländer müssten das Verbot durchsetzen. Zudem solle die Bundesregierung das Tierschutzgesetz anpassen und Ausnahmeregelungen abschaffen. Das geplante Verbot ist für die Tierschützer nur ein kleiner Erfolg. Das Schnabelkürzen muss aus ihrer Sicht auch bei Puten und Moschusenten untersagt werden. Auch die Haltungsbedingungen müssten verbessert werden. [as]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Neubesetzung der EU-Kommission

Verbände befürchten Aus für Umweltschutz

■ Der designierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat im September die Kommissare der zukünftigen EU-Kommission benannt und die Umstrukturierung der Kommission sowie die künftigen Schwerpunkte der Generaldirektionen skizziert. Sieben Vizepräsidenten sollen gemeinsam mit ihren Projektteams die Arbeit der Generaldirektionen bündeln. Umweltverbände reagierten mit Sorge auf die Umstrukturierungen.

Der DNR forderte gemeinsam mit dem NABU, BUND und WWF in einem offenen Brief das EU-Parlament auf, die Zustimmung zur geplanten Kommission zu verweigern. „Die EU darf nicht in den kom-

menden fünf Jahren das einreißen, was sie seit ihrem Bestehen aufgebaut hat“, sagte DNR-Präsident Hartmut Vogtmann.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte die vorgeschlagene Struktur der neuen EU-Kommission. Anstatt Nachhaltigkeit in den Fokus seines neuen Teams zu stellen, habe Juncker entschieden, es zu degradieren, indem er vor alle Initiativen einen Wettbewerbsfilter geschaltet habe, kommentierte der Generalsekretär des EEB Jeremy Wates. Die Zusammenlegungen des Klima- und Energieressorts und der Themenbereiche Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei würden dazu führen, dass Ressourcen für die Arbeit zum Klimawandel und eine nachhaltige Umwelt fehlen.

BirdLife Europe befürchtet, die neue EU-Kommission schiebe die Umwelt aufs Abstellgleis. Ariel Brunner, EU-Politikleiter von BirdLife, kritisiert unter anderem die Koordinierung des Umweltbereiches durch die Vizepräsidentin der Energieunion. Seine größte Sorge sei aber das Mandat des Umweltkommissars zu Untätigkeit und Deregulierung, erklärte Brunner.

Der Zuschnitt der Projektteams trägt den politischen Leitlinien und der Deregulierungsagenda der EU Rechnung: Der Niederländer Frans Timmermans soll Juncker als erster Vizepräsident vertreten. Er ist für bessere Rechtsetzung und institutionelle Beziehungen zuständig. In dieser Rolle soll er fast uneingeschränkte Macht besitzen und nur Themen auf die Agenda der EU-Kommission setzen, die in Junckers Programm von Jobs, Wachstum und Wettbewerb passen.

Der Malteser Karmenu Vella soll der neue Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei werden und das „blaue“ und das „grüne“ Wachstum zusammenführen. Vella soll sowohl dem Vizepräsidenten für Jobs, Wachstum, Investition und Wettbewerb, dem Finnen Jyrki Katainen, als auch der Vizepräsidentin für die Energieunion, der slowenischen Politikerin Alenka Bratusek, unterstehen.

Juncker hat den Zuschnitt des Umweltressorts noch weiter geändert: So soll die Verantwortung für Biozide und Lebensmittelschwendung bei dem künftigen

Kommissar für Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit, dem Litauer Vytenis Andriukaitis, liegen. Die Europäische Chemikalienagentur ECHA ist nach Junckers Plänen nicht mehr im Bereich Umwelt, sondern nur noch bei der Industrie angesiedelt.

Der Spanier Miguel Arias Cañete ist für das neue Ressort Klimapolitik und Energie vorgesehen. Umweltverbände befürchten, dass der Klimaschutz durch die Zusammenlegung mit dem Energieressort weiter an Bedeutung verlieren wird, vor allem da zurzeit wichtige klimapolitische Weichenstellungen anstehen. Die Schwedin Cecilia Malmström soll die künftige Handelskommissarin werden und damit auch für das EU-US-Freihandelsabkommen TTIP zuständig sein. Der deutsche Günther Oettinger wird nach dem Willen Junckers Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft.

Der designierte Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Phil Hogan soll ebenfalls dem Vizepräsidenten für Jobs, Wachstum, Investition und Wettbewerb unterstehen. Bei der ländlichen Entwicklung und der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) soll er deshalb insbesondere darauf achten, dass die Ausgaben vor allem der Schaffung neuer Arbeitsplätze und dem Wirtschaftswachstum dienen. Der slowakische Diplomat Maroš Šefčovič soll Kommissar für Verkehr und Raumfahrt werden und dafür Sorge tragen, dass die Verkehrsinfrastruktur in Europa effektiv funktioniert. Auch er untersteht dem Vizepräsidenten für Jobs, Wachstum, Investition und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Anhörungen der designierten Kommissare fanden Ende September (nach Redaktionsschluss) in den zuständigen Parlamentsausschüssen statt. Anschließend muss das Europäische Parlament dem gesamten Kollegium seine Zustimmung erteilen oder es ablehnen. Sobald das Europäische Parlament zugestimmt hat, ernennt der Europäische Rat formell die neue Kommission, deren Amtsantritt für den 1. November geplant ist. [bv]

- Ausführlicher Artikel: www.kurzlink.de/eukoord-10.09.2014
- Zum offenen Brief: www.dnr.de/presse/presseinformation-16092014.html

Eurobarometerumfrage

EuropäerInnen wollen mehr Umweltschutz

■ 95 Prozent der BürgerInnen der EU finden Umweltschutz wichtig und eine Mehrheit will, dass Politik und Wirtschaft mehr für den Schutz der Umwelt unternehmen. Das geht aus einer Umfrage im Auftrag der EU-Kommission hervor, in der die Einstellung der EU-Bevölkerung gegenüber der Umwelt abgefragt worden ist.

Laut der Anfang September veröffentlichten Studie sind die drängendsten Umweltprobleme der Befragten Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung, Abfall und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Mehr als drei Viertel der Interviewten stimmten zudem der Aussage zu, Umweltprobleme wirken sich direkt auf ihr Leben aus. Die erste Eurobarometerumfrage zu Umwelteinstellungen der EU-Bevölkerung hat die Kommission vor drei Jahren in Auftrag gegeben. Im Gegensatz zur letzten Erhebung stellten die AutorInnen diesmal ein höheres Verantwortungsgefühl der EuropäerInnen fest. 93 Prozent der Befragten forderten, dass Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, selbst für die Schäden aufkommen sollen und unterstrichen als besten Weg, um Umweltprobleme zu vermeiden, deren Verursacher strenger zu bestrafen.

Für die Studie sind 28.000 EU-BürgerInnen befragt worden. Trotz der Wirtschaftskrise hat sich seit 2011 die Sorge der EuropäerInnen um die Umwelt nicht verringert. [ej]

- www.europa.eu/rapid (Search IP/14/976)

Entdemokratisierung

Neue Tendenzen in der EU

■ Seit der Verabschiedung der Strategie Europa 2020 im Juni 2010 werden auf Wunsch der Industrie mehr und mehr vermeintliche Wirtschaftshindernisse auf Kosten von Umwelt, VerbraucherInnen, Demokratie und Transparenz abgebaut.

Ein Steckbrief der EU-Koordination des DNR fasst die derzeitigen Prozesse der Deregulierung, Entbürokratisierung und Entdemokratisierung in der EU zusammen.

So gibt es beispielsweise im REFIT-Programm der EU-Kommission auf Wunsch der Industrie neue Verfahren zum Bürokratieabbau. Zudem entmachtet sich das EU-Parlament durch die Tendenz, bei den meisten Rechtsakten einer Einigung im informellen Trilog zuzustimmen, selbst. Sehr bedenklich sind auch die Deregulierungs- und Entdemokratisierungstendenzen durch die neuen Investitions- und Freihandelsabkommen. Hier zeigt auch der Lissabonvertrag ein demokratisches Defizit. Obwohl dort festgeschrieben ist, dass in der EU „Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden“ sollen, bleiben die Verhandlungen zu den Abkommen vollkommen intransparent. [bv]

- www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-deregulierung-entdemokratisierung.pdf

Green Economy

Umweltschutz und neue Arbeitsplätze bedingen sich

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat in einem Bericht Maßnahmen vorgestellt, die Umweltschutz und Wirtschaftswachstum gleichermaßen voranbringen könnten. Er diente den EU-UmweltministerInnen im Juli als Input für einen informellen Umweltrat zu grünem Wachstum.

Die AutorInnen des Berichts „Resource-efficient green economy and EU policies“ schlagen beispielsweise vor, steuerliche Belastungen aus dem Arbeitssektor auf umweltzerstörerische Handlungen und den Verbrauch von Ressourcen zu verlagern. „Gut angelegte Umweltsteuern können Umweltverschmutzungen reduzieren und Ressourceneffizienz sehr kosteneffektiv voranbringen. Gleichzeitig können Arbeitsplätze, wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit gefördert werden“, sagte der Direktor der EEA, Hans Bruyninckx.

Derzeit machen Umweltsteuern rund 2,4 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus. Deutschland liegt mit einem Umweltsteueranteil von 2,2 Prozent EUweit auf Platz 22. [pw]

- EEA-Bericht (engl.): www.eea.europa.eu/publications/resourceefficient-green-economy-and-eu

Umweltverträglichkeitsprüfung

Was ändert die Revision?

■ Im Mai ist die Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Kraft getreten. Sie soll die Abschätzung möglicher Umweltauswirkungen von Projekten vereinfachen und den Schutz der Umwelt sowie die Rechtssicherheit von Unternehmen verbessern. Ein neuer DNR-Steckbrief zur Revision der UVP-Richtlinie stellt die Neuerungen vor. Sie müssen innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umgesetzt werden. [bv]

- www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-revision-uvp-richtlinie.pdf

EU-Vergaberecht

Neue Vorgaben für grüne öffentliche Beschaffung

■ Im April hat die EU neue Vergaberichtlinien beschlossen. Welche Möglichkeiten sich daraus für die öffentliche Beschaffung in Europa ergeben, zeigt ein neuer DNR-Steckbrief. Ein Schwerpunkt der neuen Richtlinien liegt auf der Beachtung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Vergabe öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Die EU-Kommission möchte damit vor allem eine „grüne“ Beschaffung fördern und Ressourcen schonen. Der DNR-Steckbrief erklärt Hintergründe und Chancen der öffentlichen Auftragsvergabe. [md]

- www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-vergaberecht.pdf

Jahresbericht des UBA

Feinstaubbelastung senken

■ Topthemen im Jahresbericht des Umweltbundesamtes (UBA) 2014 sind Luftreinhaltung, Bodenschutz und „grüne“ Technologie. Laut Bericht hat die Luftverschmutzung in den letzten Jahren zwar abgenommen, die EU-weiten Grenzwerte werden jedoch an etwa zwei Drittel der Messstationen überschritten. Um der Feinstaubbelastung entgegenzuwirken, empfiehlt das UBA, die Werte zu verschärfen und Städte darin zu unterstützen, neue Verkehrsflusskonzepte zu erstellen oder den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen.

Ein anderes Problem sieht das UBA im Flächenverbrauch. Fruchtbare Böden zur Nahrungsmittelproduktion würden durch Übernutzung und die damit verbundene Degradation und Wüstenbildung verloren gehen. Das UBA will durch eine globale Koordination einen sorgsameren Umgang mit Böden erreichen. Einen weiteren Schwerpunkt legt der UBA-Bericht auf den Umweltschutz im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT). Hier sieht das UBA neben dem Einsparpotenzial beim Energieverbrauch von Rechenzentren auch Bedarf beim Recycling von Elektrogeräten, wie Mobiltelefonen. Der Bericht enthält darüber hinaus umweltpolitische Meilensteine seit 1974, dem Gründungsjahr des UBA. [md]

- www.kurzlink.de/ubajahresbericht2014

VERKEHR & TOURISMUS

TEN-V

320 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte

■ Die EU-Kommission hat für das trans-europäische Verkehrsnetz (TEN-V) insgesamt 106 Projektvorschläge ausgewählt, für die sie über 320 Millionen Euro bereitstellt, ►

um die Verkehrsinfrastruktur in Europa zu verbessern. TEN-V soll vor allem den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt stärken. Das Vorhaben ist schon im Maastricht-Vertrag von 1992 verankert worden. Dabei sollen zentrale Verkehrskorridore die einzelnen EU-Mitgliedstaaten besser miteinander verbinden.

Die Mittel entfallen auf Projekte aus dem Jahr 2013. Sie sollen das Verkehrsnetz weiter vervollständigen und fokussieren jeweils einen der fünf Schwerpunktbereiche Flugverkehrsmanagement, europäisches Eisenbahnverkehrsleitsystem, intelligente Verkehrssysteme, Meeresautobahnen und vorrangige Vorhaben. Einige Projekte sollen innovative Wege zur Verringerung des CO₂-Abdruckes des Verkehrssektors aufzeigen. Die Kommission hat Ende Juli Projektlisten veröffentlicht, in denen die geförderten Projekte in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten aufgelistet sind. [Quelle: UWD, ej]

- UWD: www.kurzlink.de/uwd060814tenv
- Mitteilung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/ecfp/14/888

Pkw-Maut

Deutsche Pläne nicht EU-konform

■ Die von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) geplante Pkw-Maut verstößt gegen EU-Recht. Zu diesem Schluss kommt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem von den Grünen in Auftrag gegebenen Gutachten, das Anfang August veröffentlicht worden ist.

Dobrindts Plan sieht vor, dass für alle Kraftfahrzeuge mit einem Gewicht von bis zu 3,5 Tonnen, die in Deutschland öffentliche Straßen befahren, eine Infrastrukturabgabe entrichtet werden soll (umwelt aktuell 08/09 2014, S. 23). Deutsche HalterInnen sollen jedoch über einen Freibetrag in der Kfz-Steuer komplett von der Abgabe befreit werden, sodass zusätzliche Einnahmen nur durch ausländische AutofahrerInnen erzielt würden. Dies sei laut Bundestagsgutachten eine unzulässi-

ge Diskriminierung nach der Staatsangehörigkeit, die den EU-Verträgen zufolge ausdrücklich verboten ist.

Ob die EU-Kommission, die derzeit Dobrindts Maut behandelt, daran Anstoß nimmt, ist unklar. Entscheidend ist auch die Position des Gerichtshofs der Europäischen Union. Denn selbst wenn die Kommission das Konzept stützt, kann jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger den Gerichtshof beauftragen, die Maut auf Konformität mit dem EU-Recht zu prüfen.

Zuletzt gab es auch innerhalb der Regierung und von den Oppositionsparteien deutliche Kritik an Dobrindts Plänen, da sie mehr Bürokratie bedeuten und sich nicht rechnen würden. Umweltverbände bemängeln vor allem, die Maut sei unökologisch. Da alle FahrzeughalterInnen denselben Betrag zahlen müssten, würden VielfahrerInnen bevorzugt. Laut dem ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) gebe es keine Anreize, Fahrten mit dem Auto zu minimieren und auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Deshalb hat der VCD auf seiner Website eine Aktion gegen die Abgabe gestartet. Dort können GegnerInnen der Maut eine Protest-E-Mail an Minister Dobrindt schicken. Der will im Oktober einen Gesetzesentwurf vorlegen. [ej]

- Mitteilung Bündnis 90/Die Grünen: www.kurzlink.de/gruene050814
- Mitteilung des VCD: www.kurzlink.de/vcd220814
- Aktion des VCD: www.kurzlink.de/vcdmautpr

Riesen-Lkws

Teststrecken ausgeweitet

■ Das Bundesverkehrsministerium (BMVI) hat im September 120 zusätzliche Streckenabschnitte für Testfahrten von Riesen-Lkws freigegeben. Nun gibt es Teststrecken in neun Bundesländern.

Als Lang-Lkws gelten Fahrzeuge mit einer Länge von bis zu 25,25 Metern und einem Gewicht von bis zu 60 Tonnen. Während das BMVI für Riesen-Lkws wirbt, weil

sie Sprit sparen und die Umwelt schonen würden, sagt Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, genau das Gegenteil sei der Fall. Denn durch die eingesparten Gehälter der FahrerInnen erhalte der Straßenverkehr einen Kostenvorteil gegenüber dem Transport mit der Bahn. In der Folge sei mit einer Verlagerung des Transports von der Schiene auf die Straße zu rechnen, warnen Umwelt- und Verkehrsverbände.

Laut einer Forsa-Umfrage, die Ende August veröffentlicht worden ist, sind fast 80 Prozent der Deutschen gegen die Riesen-Lkws. Als Hauptgründe nannten die Befragten ein höheres Unfallrisiko und steigende Kosten für den Umbau des Straßennetzes.

Das europäische Parlament hatte bereits im April die EU-weite Zulassung der Transporter abgelehnt und will grenzüberschreitende Fahrten nur in Ausnahmefällen zulassen. Die Testphase in Deutschland ist Anfang 2012 gestartet und läuft noch bis Ende 2016. An dem Versuch beteiligen sich 39 Unternehmen mit 80 Fahrzeugen. Noch dieses Jahr möchte das BMVI einen ersten Zwischenbericht vorstellen. [ej]

- Mitteilung BMVI: www.kurzlink.de/bmvi030914
- Mitteilung Allianz pro Schiene: www.kurzlink.de/aps290814

WASSER & MEERE

Quecksilber

Dreifache Menge in Ozeanen seit Industrialisierung

■ Einer neuen Studie zufolge lagern sich weiterhin viele giftige Metalle an der Wasseroberfläche der Weltmeere ab. Die AutorInnen der in der Tageszeitung The Guardian veröffentlichten Untersuchung sehen Handlungsbedarf, um Mensch und Tier vor Quecksilber und anderen toxischen Stoffen zu schützen: „Die Informationen der Studie helfen uns den Prozess

„Ohne eine Veränderung der Mobilität ist der Klimawandel nicht zu stoppen“

Ende August hat der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments den Entwurf für den Verkehrsetat vorgelegt, dem das Plenum noch zustimmen muss. Auch im Verkehrssektor muss in den kommenden sechs Jahren der CO₂-Ausstoß um 20 Prozent gesenkt werden. Das ist eine große Herausforderung, sagt der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Michael Cramer (Grüne).

umwelt aktuell: Herr Cramer, Sie selbst sind seit 35 Jahren ohne Auto mobil – für eine wirkliche Verkehrswende reicht das leider nicht. Was muss sich in der europäischen Verkehrspolitik in der nächsten Legislaturperiode ändern?

Mit ohne Auto mobil, das stimmt. Aber ich bin kein Exot, denn jeder zweite Haushalt in Berlin hat kein Auto und hier kann man zeigen, dass es auch ohne Auto geht. Mobilität ist ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft. Wer nicht mobil ist, ist ausgeschlossen – das darf nicht sein. Leider können sich viele ein Auto und auch den öffentlichen Verkehr nicht mehr leisten. Beim öffentlichen Verkehr heißt es immer: Das muss sich rechnen, bei den Straßen geht es nicht darum. Wir brauchen in Europa einen fairen Wettbewerb. Das ist die Hauptaufgabe, sonst werden wir das Problem nicht lösen. Unsere Kinder und deren Kinder haben dann auch keine Perspektive, auf diesem Planeten zu leben. Ohne eine Veränderung der Mobilität werden wir den Klimawandel nicht stoppen.

Warum?

Knapp 25 Prozent der CO₂-Emissionen in Europa werden durch den Verkehr verursacht, davon 72 Prozent auf der Straße. Noch schlimmer ist, was sich seit 1990 verändert hat: Da haben wir in der Industrie eine Senkung der CO₂-Emissionen um 32 Prozent, in den Haushalten um 24 Prozent, im Energiesektor um 16 Prozent. Im selben Zeitraum sind sie im Verkehr um 28 Prozent gestiegen. Das heißt, der Verkehr frisst all das doppelt und dreifach auf, was mit Milliarden unserer Steuergelder in den anderen Sektoren erreicht wurde. Deshalb brauchen wir zumindest einen fairen Wettbewerb unter den Verkehrsträgern.

Wie sieht der aus?

Wenn ich den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene mit der Straße vergleiche, stelle ich fest: Es gibt in Europa eine Schienenmaut, die gilt für jede Lokomotive auf jedem Kilometer. Bei der Straße ist das eine freiwillige Angelegenheit der Mitgliedstaaten. In Deutschland gilt sie nur auf Autobahnen und einigen Bundesstraßen und nur für Lkws ab 12 Tonnen. Das sind ideale Rahmenbedingungen für die Verlagerung des Verkehrs, aber in die falsche Richtung.

Wie fällt der Vergleich mit der Luftfahrt aus?

Die Airlines werden vom europäischen Steuerzahler jedes Jahr mit 30 Milliarden subventioniert, weil die Fluggesellschaften von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen von der Mehrwertsteuer befreit sind. Die Bahnkunden müssen das alles bezahlen. Deshalb gab es nach 20 Jahren Bahnreform 15-mal eine Preiserhöhung in Deutschland. Beim Flugverkehr gingen die Preise immer runter und der innerdeutsche Flugverkehr ist seit 1994 um 70 Prozent gestiegen. Dabei schreiben von 23 internationalen Flughäfen 17 rote Zahlen. Verrückt, aber traurige Realität. Deshalb fordern wir: Entweder alle zahlen die Mehrwertsteuer oder keiner. Alle zahlen Kerosinsteuer oder keiner. Dafür setzen wir uns ein. Das heißt in Europa die „Internalisierung der externen Kosten“ und „Nutzerfinanzierung“. Da sind wir uns alle einig, aber nur verbal. Wenn es um die Umsetzung geht, dann hört's auf.

Welche Möglichkeiten haben Sie in Ihrer Funktion als Ausschussvorsitzender, eine nachhaltige, gerechte Mobilität voranzubringen?

Zunächst einmal sagen alle, auch Kanzlerin Merkel und Verkehrsminister Dobrindt, die Nutzerfinanzierung sei unumstritten. Aber bei der Umsetzung sieht es anders aus. In der letzten Legislaturperiode waren wir im Europäischen Parlament sehr eisenbahnfreundlich. Auch wenn man sich die transeuropäischen Netze anschaut, da spielt der Straßenverkehr eine geringe Rolle. Die Hauptsache ist der Schienenverkehr, aber bei der Schiene geht es um die Großprojekte und das kritisiere ich. Denn bei den meisten europäischen Korridoren werden die EU-Gelder mitgenommen, um nationale Projekte zu finanzieren.

Zum Beispiel?

Nehmen wir Stuttgart 21: Das ist so verrückt, weil für 10 Milliarden ein neuer Bahnhof gebaut wird, der halb so leistungsfähig ist wie der bestehende. Und die Neubaustrecke nach Ulm, die davon drei Milliarden kostet, wird damit begründet, dass die alte, existierende, über die Geislinger Steige, so steil ist. Der Korridor Berlin-Bratislava ist aber nur dann sinnvoll, wenn er für den Güterverkehr geeignet ist. Denn 70 Prozent der Fahrgäste steigen in Stuttgart ein und aus. Trotzdem

werden sinnlos drei Milliarden für die Neubaustrecke ausgegeben, die noch steiler als die Geislinger Steige ist. Auf der anderen Seite fehlen zum Beispiel für die Strecke Berlin-Breslau 100 Millionen, um die Fahrzeit von fünf auf drei Stunden zu verkürzen. Es gibt ganz viele grenzüberschreitende Abschnitte, die im Krieg zerstört wurden. Das Eisenbahnnetz in Europa ist ein Flickenteppich und die Lücken sind genau an den Grenzen. Immerhin wurde in diesem Jahr die Lücke zwischen Sebnitz in Deutschland und Dolní Poustevna in Tschechien geschlossen – 660 Meter. Das als Schnecken tempo zu bezeichnen, ist eine Beleidigung der Schnecke, denn die schafft in 25 Jahren mehr als 660 Meter!

Wie schätzen Sie die Mautpläne von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ein? Sind die nun mit EU-Recht vereinbar oder nicht?

Das ist die Quadratur des Kreises, weil nur ausländische Autofahrer belastet werden sollen. Natürlich kommt die Maut so nicht durch, sie ist absolut europafeindlich. Schon 1992 sind Mautpläne des damaligen Bundesverkehrsministers Friedrich Zimmermann deshalb von der EU-Kommission gestoppt worden. Nach wie vor gilt: Die Diskriminierung von Ausländern, auch die indirekte, ist nicht gestattet. Hinzu kommt: Die Vignette ist nicht umweltfreundlich, weil Wenigfahrer genauso viel zahlen wie Vielfahrer. Wer wirklich Geld haben will, sollte die Mineralölsteuer erhöhen. Ohne Verwaltungskosten bringt ein Cent 400 Millionen im Jahr, fünf Cent wären 2 Milliarden.

[Interview: Marion Busch, Eric Janacek]

Der Grünen-Politiker Michael Cramer ist Mitglied des Europäischen Parlaments und seit Juli Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Er lebt in Berlin und Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 28 45779,
E-Mail: michael.cramer@
europarl.europa.eu,
www.michael-cramer.eu



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Einklang

Soziale Sicherheit war bisher immer abhängig vom Wachstum. Doch die Praxis »Unten geben, ohne oben zu nehmen« kommt angesichts der Übernutzung natürlicher Ressourcen an ihr Ende. Und was nun? Ein Ökologisches Grundeinkommen ermöglicht nicht nur ein Leben im Einklang von Mensch und Natur. Über Ökosteuern finanziert, kommt es auch der sozialen Sicherheit zugute – ohne dabei bestimmte Lebensstile vorzuschreiben.

U. Schachtschneider
Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit
 Mit dem Ökologischen Grundeinkommen
 aus der Wachstumsfalle

152 Seiten, broschiert, 16,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-693-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

zu verstehen, in denen anorganisches Quecksilber in toxisches Methylquecksilber umgewandelt wird und sich anschließend in Fangnetzen in Form von Fisch wiederfindet.“

Für den Anstieg des hohen Quecksilbergehalts sind laut Guardian Kohlekraftwerke und Abwässer verantwortlich. Besonders belastet seien der Nord- und Südpol. Raubtiere wie der Eisbär seien stark betroffen. Die Stoffe würden gelegentlich von Indigenen gegessen, die nichts vom Giftgehalt ahnten. „In der Arktis und Antarktis sehen wir jetzt schon die ersten Auswirkungen“, so Simon Boxall von der University of Southampton. [mk]

► www.kurzlink.de/mercury-study-2014

UN-Gewässerschutz

Wasser braucht keine Grenzen

■ Seit Mitte August gilt die UN-Gewässer-Konvention. Durch die Ratifizierung von Vietnam tritt zum ersten Mal ein rechtlicher Rahmen für die Nutzung internationaler Gewässer in Kraft. Das Übereinkommen ist ein Rechtsabschluss zur nicht schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe. Es soll grenzüberschreitende Süßwasserquellen schützen, diese erhalten und Staaten dazu auffordern, Wasser zukunftsverträglich zu nutzen.

Wenn ein Land beispielsweise eine Maßnahme an einem Gewässer mit Auswirkungen auf andere Länder plant, dann muss es vorher darüber informieren und auf eine Stellungnahme der anderen Länder warten. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) lobt das Abkommen und hofft, dass zwischenstaatliche Konflikte künftig vermieden oder friedlich gelöst werden können.

Die Gewässer-Konvention wurde schon 1997 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Deutschland ratifizierte es 2006. Mit Vietnam haben nun 35 der 193 UN-Mitgliedstaaten das Übereinkommen unterzeichnet. Damit ist es wirksam. Viele Staaten

haben das Abkommen nicht ratifiziert, da sie Nachteile befürchten. [mk]

► www.dgvn.de/meldung/wenn-wasser-ueber-die-grenze-fliesst

US-Ölkatastrophe

Deepwater Horizon: Das Milliarden-Dollar-Baby

■ Nach der größten Ölkatastrophe der US-amerikanischen Geschichte vor vier Jahren muss das US-Unternehmen Halliburton 1,1 Milliarden Dollar an Fischer und andere Betroffene zahlen. British Petrol (BP) wird erstmals von einem US-Gericht zum Hauptschuldigen erklärt. Der Ölkonzern müsste weitere Milliarden zahlen.

Die Naturkatastrophe sei auf „vorsätzliches Fehlverhalten“ und „grobe Fahrlässigkeit“ von BP zurückzuführen. Das Strafmaß kann somit vervierfacht werden. Das Unternehmen müsste statt 4,5 Milliarden Dollar nun mögliche 18 Milliarden Dollar zahlen. BP kündigte Berufung an.

Der Bohrfeldausrüster Halliburton einigte sich hingegen außergerichtlich mit Privatklägern auf eine Summe von 1,1 Milliarden Dollar. Halliburton hat dem Wall Street Journal zufolge einen weit größeren Betrag für die Kostendeckung zur Seite gelegt, als es letztendlich zahlen musste. Zum Vergleich: BP hat bislang rund 28 Milliarden US-Dollar bezahlt. Der Betreiber der Plattform Deepwater Horizon „Transocean“ erklärte sich zu Zahlungen von 1,4 Milliarden US-Dollar bereit.

Bei der Explosion der Bohrinself kamen elf Menschen ums Leben, zwei weitere starben später bei Rettungsarbeiten. Durch das entstandene Ölleck flossen bis zu 780 Millionen Liter Erdöl in den Golf von Mexiko. Über 1.000 Kilometer Küste wurden verschmutzt. Unzählige Tiere starben an den Folgen. [mk]

► www.kurzlink.de/Halliburton-zahlt
 ► www.kurzlink.de/BP-hat-Hauptschuld

Meeresschutz**Siebzig neue Gebiete ausgewiesen**

■ Nach der Jahrestagung der Nordatlantik-Staaten, auch Oslo-Paris-Konvention (OSPAR) genannt, haben Schottland, Spanien und Portugal weite Gebiete auch außerhalb der Küste ausgerufen. Mit der Sicherung von diversen Ufergebieten werden erstmalig Tiefseegebiete und sogenannte Seeberge geschützt. An Seebergen herrschen ganz besondere Strömungsverhältnisse. Dort kann eine einzigartige Artenvielfalt beobachtet werden.

Stephan Lutter vom WWF lobte die OSPAR-Entscheidung und sieht den Schutz von nicht bedrohten Arten als positive Entwicklung: „Tiefseehaie, Korallengärten und Schwämme stehen alle nicht auf der Liste der schützenswerten Arten und Lebensräume der EU. Das heißt, hier sind erstmals zusätzliche Kriterien der Roten Liste des OSPAR-Abkommens angewendet worden. Das ist ein großer Fortschritt.“ [mk]

► www.kurzlink.de/H20Schutzgebiete2014

EU-Forschungsgelder**Warnsysteme gegen Hochwasser vorgestellt**

■ Die drei Frühwarnsysteme „Imprints“, „WeSenseIt“ und „Urban Flood“ können rechtzeitig Flutwarnungen und Hochwasserernotstände erkennen, aber auch Deiche mithilfe von unterirdischen Sensoren überwachen.

Ende August stellte die EU-Kommission drei Forschungsprojekte vor. Mit insgesamt elf Millionen Euro EU-Förderung werden nicht nur die menschliche Beobachtungsgabe als Frühwarnsystem eingesetzt, sondern auch Gefahrensensoren verwendet. Bei „WeSenseIt“ sollen Menschen – dank einer App – Informationen und Bilder per Telefon verschicken. Es soll außerdem eine Frühwarnplattform

von „Imprints“ geben, die Reaktionszeit mithilfe von Wasserströmungen und Niederschlagsvorhersagen bei Sturzfluten auf ungefähr zwei Stunden verkürzt. Beim „UrbanFlood“-Projekt werden Deiche manipuliert, sodass sie eine frühzeitige Warnung abgeben, falls sie aufweichen sollten. [mk]

► Mitteilung der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/H20Warnsysteme2014

EU-Fischbestand**Reduzierte Fangquoten für zehn EU-Länder**

■ Zehn EU-Mitgliedstaaten haben im vergangenen Jahr verschiedene Bestände überfischt. Deshalb kürzt die EU-Kommission deren Fangquoten, um die Schäden an den Beständen auszugleichen.

Die Quotenkürzungen betreffen Belgien, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, die Niederlande, Polen, Portugal und das Vereinigte Königreich und gelten für 45 Fischbestände. Vergangenes Jahr war die Zahl der Quotenkürzungen noch etwa ein Fünftel höher.

„Ich freue mich, dass wir im Jahr 2013 offenbar in Bezug auf die Einhaltung der Quoten bessere Arbeit geleistet haben als in den Vorjahren. Damit aber in ganz Europa gesunde Fischbestände gewährleistet sind, sind effiziente Kontrollen erforderlich, um die Vorschriften an Ort und Stelle durchzusetzen“, sagte EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki.

Jedes Jahr prüft die EU-Kommission, ob die Fangquoten der Mitgliedstaaten die Fähigkeit zur natürlichen Reproduktion der Fischbestände beeinträchtigen. Bei überfischten Beständen passt sie dann die Fangquoten an, um deren Erholung zu ermöglichen. [ej]

► Mitteilung der Kommission:
www.kurzlink.de/Fangquoten-2014
► Liste überfischter Bestände:
www.kurzlink.de/fehlender-Fisch-2014

Nord- und Ostsee**Outdoorjacken belasten die Wasserqualität**

■ WissenschaftlerInnen vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) haben neue Wasserproben aus der Nord- und Ostsee analysiert. Die Wasserqualität habe sich seit den letzten 30 Jahren stark verbessert, jedoch sei der Sauerstoffgehalt an einigen Orten in der Nordsee mit nur 60 Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Normalwerte liegen bei 90 Prozent. Der Quecksilbergehalt und andere verbotene Stoffe gehen ebenfalls kontinuierlich zurück. Das heißt für die WissenschaftlerInnen: Giftstoffe verbieten lohnt sich.

Kritisch sehen die ExpertInnen die Belastung durch sogenannte PFCs. Die polyfluorierten Kohlenwasserstoffe werden bei Outdoorjacken und -hosen eingesetzt. Der giftige Stoff macht die Textilien wasserfest. In Europa sind die PFCs weitgehend verboten – jedoch nicht in asiatischen Ländern, wo die Produktionsstätten liegen. Laut Manfred Santen von Greenpeace wird das Hormonsystem von Fischen stark durch hohe PFC-Belastung gestört: Fische „verweiblichen“ und sind teilweise fortpflanzungsgeschädigt. [mk]

► www.kurzlink.de/PFC-in-Ost-u-Nordsee

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

CETA-Abkommen**Vertragstext veröffentlicht**

■ Mitte August hat die Tagesschau den konsolidierten Vertragstext des EU-Kanada-Freihandelsabkommens (CETA) veröffentlicht. Nachdem in der Woche zuvor das Ende der langjährigen Verhandlungen bekannt gegeben wurde, hat nun die Öffentlichkeit Zugang zu dem Vertragstext. Obwohl von Kritikern schon lange mehr Transparenz bei den Verhandlungen gefordert wurde, ging auch diese Veröffent-

lichung nicht vonseiten der verhandlungsführenden EU-Kommission aus.

Kritiker der Verhandlungen, wie die kanadische Organisation Council of Canadians, gaben bereits erste Einschätzungen zu dem 1.500 Seiten umfassenden Vertragsdokument ab. Im Kapitel zur öffentlichen Beschaffung beispielsweise seien viele Anfragen kanadischer Gemeinden, von der Liberalisierung der öffentlichen Beschaffung ausgenommen zu werden, nicht berücksichtigt worden. Viele kanadische Gemeinden setzen auf sogenannte Buy-Local-Strategien, um die lokale Wirtschaft zu fördern und zu unterstützen.

Die Unterzeichnung des Abkommens ist für Ende September geplant. Ein Inkraft-Treten des Abkommens wird nicht vor 2016 erwartet. Das CETA gilt als erstes Abkommen einer neuen Generation von Freihandelsabkommen und als Vorlage für das Abkommen der EU mit den USA (TTIP), das zurzeit noch verhandelt wird. [lr]

- www.tagesschau.de/wirtschaft/ceta-dokument-101-pdf
- www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief_ceta.pdf

Investor-Staat-Klagen

EU regelt, wer zahlt

■ Ende August hat die EU-Kommission die Verordnung über finanzielle Verantwortung bei Investor-Staat-Streitigkeiten veröffentlicht. Die Verordnung gibt den künftigen Rahmen für die gemeinsame Investitionspolitik der EU.

In der Verordnung geht es um die Zuweisung anfallender Kosten durch künftige Investor-Staat Streitigkeiten. Es wird also festgelegt, wann die EU und wann ein einzelner Mitgliedstaat für eventuelle Kosten aufkommen muss. Erst seit 2009 fallen Investitionen unter die gemeinsame Handelspolitik der EU. Bisher gibt es daher zahlreiche bilaterale Investitionsabkommen einzelner Mitgliedstaaten der EU. Das einzige Abkommen, von dem die EU

als Ganzes Teil ist und das Regelungen zu Investor-Staat-Streitigkeiten enthält, ist die Energie-Charta. Jedoch werden Investor-Staat-Klagen Teil von vielen geplanten Handels- und Investitionsabkommen der EU sein, darunter das Abkommen mit den USA (TTIP) oder mit Kanada (CETA). Die Verordnung tritt am 17. September 2014 in Kraft, findet aber erst bei Investor-Staat-Streitigkeiten Anwendung. [lr]

- www.kurzlink.de/V0/912/2014

Internationale Handelsabkommen

Einfluss der Industrie

■ Mehrere internationale Organisationen, darunter Friends of the Earth Europe und Greenpeace, haben einen Bericht zum Einfluss der Ölindustrie auf Handelsabkommen veröffentlicht: „Dirty Deals – how trade talks threaten to undermine EU climate policies and bring tar sands to Europe“.

Der Fokus liegt insbesondere auf den zurzeit verhandelten Abkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Die Ölindustrie beider Länder drängt auf einen schrankenfreien Zugang zum EU-Markt. Hindernis bleibt die Kraftstoffqualitätsrichtlinie der EU. Um die Umweltschädlichkeit von Kraftstoffen zu bewerten, soll mit der Richtlinie der CO₂-Gehalt von Kraftstoffen geprüft werden. In der geplanten Reform erhält etwa aus Teersanden gewonnenes Rohöl einen weitaus höheren CO₂-Äquivalent als andere Rohöle.

Aus dem Bericht geht auch hervor, dass Kanada und die USA die aktuellen Verhandlungen über Handelsabkommen mit der EU nutzen, um derartige Gesetzesvorschläge zu untergraben. Die ambitionierte Reform der Kraftstoffqualitätsrichtlinie liegt mittlerweile auf Eis. Die Autoren des Berichts befürchten, dass durch TTIP und CETA noch viele weitere Gesetze abgeschwächt oder gar nicht durchgesetzt werden. [lr]

- www.kurzlink.de/foee-dirtydeals

Globale Ökoverschuldung

Happy World Overshoot Day

■ Am 19. August war World Overshoot Day: Schon jetzt ist das jährliche Kontingent an regenerativen Ressourcen, die die Natur zur Verfügung stellen kann, verbraucht. Es handelt sich hierbei um den Konsum von Rohstoffen aus Wäldern, Flächen, Wasser, Ackerland und Lebewesen. Die Berechnungen hat der internationale Forscherverbund Global Footprint Network (USA) durchgeführt. Dabei würde auch die Abbaubarkeit der bei der Produktion anfallenden Schadstoffe einkalkuliert. Inzwischen ist der Ressourcenverbrauch so hoch, dass die Menschheit 1,5 Planeten konsumiert. Der Ökoschuldentag begann dieses Jahr einen Tag früher und verschiebt sich jährlich um durchschnittlich drei Tage nach vorne. Seit Mitte der 1970er-Jahre verbraucht die Bevölkerung mehr Ressourcen als jährlich zur Verfügung stehen. [vw]

- www.kurzlink.de/footprintnetwork

Unternehmensverantwortung

Update Nachhaltigkeitskodex

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat im August den deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) aktualisiert. Der DNK, ursprünglich aus dem Jahr 2011, ist ein freiwilliges Instrument, das Unternehmen und Organisationen nutzen können, um ihre ökologischen, sozialen und ökonomischen Maßnahmen, die einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten, offenzulegen. Die Aktualisierung des DNK sei notwendig gewesen, um den Nachhaltigkeitsgedanken weiter voranzutreiben und Transparenz und Vergleichbarkeit von Unternehmen weiter zu steigern, so der RNE.

Die EU-Kommission schlug den deutschen Kodex als Standard vor, um die ab 2016 geltende Transparenzpflicht in sozialen und ökologischen Belangen für große Unternehmen über 500 Mitarbeiter zu erfüllen (umwelt aktuell 06/2014, S. 28). [md]

- www.kurzlink.de/dnk

Fragend gehen wir voran!

Auf der 4. internationalen Degrowth-Konferenz im September in Leipzig ging es um alternative Ökonomien und Gesellschaftsformen, die die Grenzen der Ressourcen und die Gleichberechtigung aller Menschen berücksichtigt. Warum sich Umwelt- und Entwicklungsverbände mit der Wachstumsdebatte so schwertun, fragen Marie-Luise Abshagen, Forum Umwelt und Entwicklung, und Theresa Klostermeyer, DNR.

Der Deutsche Naturschutzring und das Forum Umwelt und Entwicklung veranstalteten auf der Konferenz einen Workshop zu der Frage, warum die Umwelt- und Entwicklungsverbände nach wie vor die Wachstumsdebatte so selten thematisieren.

„Unter ‚Degrowth‘ verstehen wir eine Verringerung von Produktion und Konsum in den frühindustrialisierten Staaten, die menschliches Wohlergehen, die ökologischen Bedingungen und die Gleichheit auf diesem Planeten fördert. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Rücksicht auf ökologische Grenzen in offenen, vernetzten und regional verankerten Ökonomien leben. [...]“, definierten die OrganisatorInnen der Konferenz den Begriff.

Die Vorteile, die eine Abkehr vom Wachstumszwang für die Forderungen und Ziele der Umwelt- und Entwicklungsakteure mit sich bringen, scheinen auf der Hand zu liegen. Deren Arbeit entsteht häufig erst durch die Wachstumslogik in den Industrieländern und die damit verbundenen Konsequenzen. Zwar existieren viele Projekte, die eine sozial-ökologische Transformation begleiten und unterstützen, eine dezidierte Wachstumskritik taucht aber nur sehr selten in Projekten oder Kampagnen auf.

Ursprüngliche Ziele: Naturschutz und Hungerbekämpfung

Warum tun sich die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen nach wie vor so schwer, die Wachstumsdebatte intensiv zu führen oder gar anzuhetzen? Es gibt sehr unterschiedliche Traditionen und Herangehensweisen an Themen innerhalb der Verbändelandschaft. Die Umweltverbände sind nicht aus der Auseinandersetzung mit Wachstum entstanden. Die Bewahrung der Natur und die Schonung der Ressourcen, im Sinne der Einhaltung der planetaren Grenzen, waren lange ausreichendes Ziel

ihrer Arbeit. Die Erkenntnis, dass die Mechanismen und vermeintlichen Zwänge des Wirtschaftssystems im globalen Norden mit diesen Zielen langfristig nicht vereinbar sind, etabliert sich erst nach und nach. Die Entwicklungsverbände wiederum konzentrierten sich lange primär auf die Bekämpfung von Hunger und Armut in Ländern des globalen Südens, und sahen erst später, wie notwendig dazu auch die Beschäftigung mit der Wirtschaftspolitik im eigenen Land ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage der Glaubwürdigkeit. Denn auch Verbände brauchen finanzielle Förderung und streben ein Mitgliederwachstum an. Außerdem herrscht oft ein Widerspruch zwischen dem eigenen Verhalten und dem Verhalten des Verbandes und dessen Forderungen. Auch der Kontakt zur Politik birgt das Risiko der Vereinnahmung und der Bedeutungsminderung der eigentlichen Forderung.

Aber eine weiter an Wirtschaftswachstum ausgerichtete Grundstrategie ist für die Lebenswelt sowohl für die heute lebenden Generationen als auch für zukünftige Generationen nicht mehr tragbar. Man kann sich aber nicht auf der „Wir schrumpfen sowieso“-Hoffnung ausruhen, denn leider setzt sich weiterhin für alle wichtigen politischen Entscheidungen meist die Wachstumsargumentation durch.

Wachstumskritik mit anderen Themen verknüpfen

Die Wachstumsfrage muss stärker in die Debatten der unterschiedlichen Verbände getragen werden. Effektiv kann dies nur über eine Zusammenarbeit der Akteure aus der umwelt-, entwicklungs- und auch der sozialpolitischen Szene geschehen. Eine Frage wie: „Welche Konsequenzen hat ein anderes Verständnis von Arbeit und Wohlstand für ein gerechtes Miteinander?“ kann nur ge-

meinsam gelöst werden. Daher gilt es, die Wachstumskritik mit Themen wie Arbeit, Geldsystem, Ernährung oder Gesundheit zu verknüpfen. In Kooperation mit Expertinnen, durch die Aufteilung der Kompetenzen, kann ein Problembewusstsein geschaffen werden. So können Allianzen entstehen, die es schaffen, sich auch politisch der derzeit übergroßen Macht von Wirtschafts- und Finanz-Lobbyinteressen entgegenzustellen. Und schließlich müssen die Aktiven der breiten Bevölkerung klarmachen, dass sie sich von alten, lieb gewonnenen Illusionen trennen muss. Dafür ist es notwendig zu zeigen, dass die Wachstumsraten ohnehin stagnieren, es keine Alternative gibt und Wachstum schon heute nicht mehr zu mehr Wohlstand führt. Bei vielen Menschen, gerade bei der Wirtschaftswundergeneration, ist dies noch fest in den Köpfen verankert.

Verantwortung der Verbände

Die Umweltbewegung spielt bei diesen Herausforderungen eine zentrale Rolle, da sie vielleicht der einzige Bereich ist, in dem die Alternativlosigkeit der Abwendung vom Wachstumszwang derart klar zutage tritt. Sie kann die ersten Schritte tun. Hierfür ist es erforderlich, sich von „Erhaltungsbedürfnis und Beruhigungsspiel Green Growth zu emanzipieren“, das heißt, nicht länger auf die Problemlösung durch zukünftige Technologien oder Innovationen zu setzen.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit ist hier schon auf einem guten Weg. Sie hat in Teilen erkannt, dass sie häufig Sisyphusarbeit leistet, mit weiterwachsenden Industrieländern und der Übertragung von deren Ideologie auf die Schwellenländer. Hier ist Feingefühl und unbedingt die Zusammenarbeit mit den Menschen im globalen Süden erforderlich. Betrachtet man die aktuellen globalen Mechanismen, sieht man schon heute, dass vieles beim Großteil

der Bevölkerung nie ankommt. Wieso also nicht über revolutionär andere Strategien nachdenken. Das Konzept des „buen vivir“, des schönen Lebens, wie es in Lateinamerika verbreitet ist, bietet inspirierende Ansätze. Es braucht nur Mut, sich auch ohne fertige Lösungen auf den Weg zu machen. Auf einen Weg, der auch als größte Chance für mehr Gerechtigkeit verstanden werden kann.

[Marie-Luise Abshagen, Theresa Klostermeyer]

- ▶ www.dnr.de/projekte/generationen-gerechtigkeit
- ▶ www.forumue.de/projekte/rio-20

DNR INTERN

Fachkongress

DNT fordert Nationales Schutzgebietsprogramm

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 32. Deutschen Naturschutztags haben im September in Mainz ein Positionspapier verabschiedet. Darin betonen sie, dass der Naturschutz in Deutschland eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Folgende Forderungen sind darin enthalten:

- ▶ Schaffung eines nationalen Schutzgebietsprogramms und Lückenschluss
- ▶ Gewährleistung des Erhalts der biologischen Vielfalt durch die Landwirtschaft
- ▶ Konsequenter Schutz von Pflanzen- und Tierarten und bessere Datenbasis
- ▶ Mehr Raum für Gewässer zur Vorbeugung von Überschwemmungen
- ▶ Wahrnehmung kommunaler Verantwortung für biologische Vielfalt
- ▶ Dauerhaft naturverträgliche Gestaltung der Energiewende

Die Unterzeichner des Papiers appellieren an Politik und Gesellschaft, die Forderungen aktiv zu unterstützen. [mbu]

- ▶ Positionspapier: www.deutscher-naturschutztag.de/mainzer-erklaerung
- ▶ DNR, Berlin, Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

Die 96 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Komitee gegen Vogelmord

Das Komitee gegen den Vogelmord ist eine 1975 gegründete Aktionsgemeinschaft mit einer kleinen Verwaltung, überschaubarem Präsidium, ohne Untergliederungen, und mit 12.000 Mitgliedern und Förderern. Sie setzen sich gegen Vogelfänger, Jäger oder Tierhändler ein und versuchen, auf parlamentarischer Ebene die gesetzlichen Grundlagen für den Tier-, Natur- und Artenschutz zu verbessern. So sammeln sie europaweit Fangnetze und Fallen ein, kontrollieren Jäger, helfen bei der Überführung von Wilderern und führen eine durch Recherchearbeit entstandene Datenbank über Tierhändler und deren illegale Aktivitäten. Zudem ist das Komitee Träger des vom Land Schleswig-Holstein geförderten Projektes „Froschland“. [as]

- ▶ Komitee gegen den Vogelmord, Alexander Heyd, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 66-5521, Fax -5280, E-Mail: a.heyd@komitee.de, www.komitee.de

Landesbund für Vogelschutz Bayern (LBV)

Der LBV wurde 1909 als „Staatlich autorisierte Vogelschutzkommission“ im Auftrag des Königlich Bayerischen Innenministers gegründet. Heute ist er der bayerische Partnerverband des NABU und viertgrößte Naturschutzverband Deutschlands. Mit 75.000 Mitgliedern und Förderern, 350 Kreis- und Ortsgruppen, 120 Jugendgruppen und 2.750 Hektar eigenen Schutzgebieten, mehr als 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 20 Geschäftsstellen setzt der LBV sich für eine vielfältige und lebenswerte Natur in Bayern ein. Dabei legt er besonderen Wert auf Artenschutz, Lebensraumsicherung und Umweltbildung. Der LBV ist der einzige

Verband in Deutschland, der einen Naturkindergarten betreibt. [as]

- ▶ Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Markus Erlwein, Hilpoltstein, Tel. +49 (0)9174 / 4775-0, Fax -75, E-Mail: info@lbv.de, www.lbv.de

Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU)

Die LNU ist ein Zusammenschluss von Vereinigungen des ehrenamtlichen Naturschutzes mit etwa 300.000 Einzelmitgliedern. Sie wurde 1976 in Düsseldorf gegründet und 1980 als erster Naturschutzverband in Nordrhein-Westfalen (NRW) anerkannt. Die LNU ist in zahlreichen Gremien, Beiräten und Ausschüssen auf Landesebene vertreten. Seit über zehn Jahren setzt sich die LNU besonders für den Schutz der Alleen in Nordrhein-Westfalen ein. Nach einer umfassenden Dokumentation des Bestandes konnte im bevölkerungsreichsten Bundesland ein gesetzlicher Schutz der Alleen erreicht werden. Das von der LNU zusammengestellte Alleenkataster wird mittlerweile vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz weitergeführt. Derzeit arbeitet die LNU an der Kartierung und Bewertung von Feldwegen in der Kulturlandschaft. Bei diesem von der nordrhein-westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderten Projekt sichtet die LNU die Feldwege im Land. [as]

- ▶ Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen, Rainer Fischer, Arnsberg-Hüsten, Tel. +49 (0)2932 / 4201, Fax / 54491, E-Mail: lnu.nrw@t-online.de, www.lnu-nrw.de

TourNatur in Düsseldorf

Jubiläum für Wanderwege

Der Deutsche Wanderverband (DWV) feiert zehn Jahre „Wanderbares Deutschland“. Über 100 Qualitätswanderwege gehören dazu, sie erstrecken sich über 12.590 Kilometer. 44 Qualitätskriterien muss ein Wanderweg erfüllen, um „wanderbar“ zu werden. Im September wurden auf der Messe TourNatur in Düsseldorf die neuesten zertifizierten Wanderwege

ausgezeichnet. Erstmals wurde mit den „Sauerland Wanderdörfern“ eine Region prämiert. Auch Projekte wurden vorgestellt: ein integratives Wegemanagement, das der DWV zusammen mit seinen Partnern in zwei Modellregionen entwickelt, das Konzept der „Draußenschulen“ oder das „Gesundheitswandern“. [md]

- ▶ www.wanderverband.de
- ▶ www.tournatur.com

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Bundesverdienstkreuz

VDST-Präsident gewürdigt

■ Franz Brümmer hat im September in Stuttgart das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten. Er ist Präsident des Verbandes Deutscher Sporttaucher (VDST), eines Mitgliedsverbands des DNR. Brümmer wurde für sein ehrenamtliches Engagement für Nachhaltigkeit, Sport und Natur geehrt. Er ist unter anderem Vorsitzender des Beirats für Umwelt und Sport beim Bundesumweltministerium. Der Biologe ist der Überzeugung, dass eine natur- und landschaftsverträgliche Sportausübung ohne Schaden für Flora und Fauna und die Lebensräume möglich ist. Naturschutz sei Grundlage für die gesellschaftliche Entwicklung. [md]

- ▶ Verband Deutscher Sporttaucher, Offenbach, Tel. +49 (0)69 / 981902-12, Fax -98, E-Mail: presse@vdst.de, www.vdst.de

Auszeichnung

Berliner Naturschutzpreis 2014

■ Eine summende Biene eroberte Berlin – zumindest symbolisch. Die Initiatoren des Logos und der Initiative Corinna Hölzer und Cornelis Hemmer wurden dafür im

September mit dem Naturschutzpreis der Stiftung Naturschutz Berlin ausgezeichnet. Die Kampagne „Berlin summt“ der Stiftung für Mensch und Umwelt macht seit 2011 auf die vom Aussterben bedrohten Wildbienenarten aufmerksam. Einen Ehrenpreis erhielt der Philosoph Hartwig Berger. Er unterstützt seit mehr als drei Jahrzehnten den Natur- und Umweltschutz in Berlin. Berger ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Vorstandsvorsitzender des Naturschutzzentrums Ökowerk am Teufelssee und Vorstandsmitglied des Vereins Berlin 21. Die Stiftung Naturschutz Berlin ehrt jährlich eine Person sowie ein Unternehmen oder eine Institution für ihre herausragende Naturschutzarbeit. [md]

- ▶ www.stiftung-naturschutz.de/die-stiftung/naturschutzpreis

Wettbewerb

EuroNatur prämiert schönste Naturfotos

■ Am 12. September fand im Nationalpark Bayerischer Wald die Preisverleihung des Fotowettbewerbs „Naturschätze Europas“ statt. Der erste Platz, ein Bild von einem Silberreiherr in der Abendsonne, sowie elf weitere Motive werden prämiert und finden Platz im EuroNatur-Wandkalender „Naturschätze Europas 2015“. 421 Hobby- und Profifotografen aus 23 Ländern hatten am Wettbewerb teilgenommen. [md]

- ▶ www.euronatur.org/Gewinner-2014.1695.0.html

Deutscher Engagementpreis 2014

Onlinevoting gestartet

■ Bis zum 31. Oktober können Interessierte ihre Stimme für den Publikumspreis des Deutschen Engagementpreises im Internet abgeben. Die Preisverleihung ist am 5. Dezember in Berlin. [mbu]

- ▶ www.deutscher-engagementpreis.de

Hier kommen die Guten!

Nun ist er da, der zweite Genussführer. Rund 400 Mitglieder aus den Testgruppen waren wieder äußerst aktiv: »Über 120 neue Lokale haben sie aufgespürt, Entlegenes gefunden und viele zusätzliche Punkte auf die Genussführer-Landkarte gebracht.«, schreibt Ursula Hudson, Vorsitzende von *Slow Food Deutschland*, in ihrem Geleitwort. Insgesamt sind es 403 Lokale geworden, kulinarische Schätze, die sich dem *Slow Food*-Motto »gut, sauber, fair« verpflichtet fühlen und zum Entdecken und Genießen einladen!

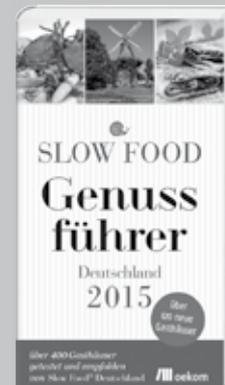
Slow Food Deutschland e.V. (Hrsg.)
Slow Food Genussführer Deutschland 2015

448 Seiten, Broschur, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-8658-663-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



TERMINE

OKTOBER

02.–05.10., Berlin (D)

Wir haben es satt.

Kongress

- ▶ Kongressbüro „Wir haben es satt“, Tel. +49 (0)30 / 28482325,

- +49 (0)30 / 28482325,

E-Mail: kongress@wir-haben-es-satt.de,

www.wir-haben-es-satt.de/

03.–05.10., Lenzen (D)

Naturschutztage an der Elbe. Tagung

- ▶ Trägerverbund Burg Lenzen, BUND, Tel. +49(0) 38792 / 1221, www.burg-lenzen.de

06.–07.10., Tutzing (D)

Ihr Macht blau, wir machen grün! Schülerakademie

- ▶ Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

06.–08.10., Stuttgart (D)

World of Energy Solutions. Messe

- ▶ Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Landesmesse Stuttgart GmbH, Sengül Altuntas, Tel. +49 (0)711 / 185602639, E-Mail: senguel.altuntas@messe-stuttgart.de, www.world-of-energy-solutions.de

7.10. Eberswalde (D)

Nachhaltigkeit: Schöner Gruß aus der Zukunft oder verwirrende Werbefloskel? Diskussion

- ▶ Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, E-Mail: anmeldung@boell-brandenburg.de, www.boell.de

07.–08.10., Hamburg (D)

Hamburg T.R.E.N.D. – Megatrends & Ressourcenwirtschaft Fachtagung

- ▶ Stadtreinigung Hamburg, Technische Universität Hamburg-Harburg, Mandy Krause, Tel. +49 (0)40 / 43175123, info@hamburgtrend.info, www.hamburgtrend.info

09.–10.10., Göttingen (D)

Gefährdungen der Ökosystemdienstleistungen von Wäldern. Tagung

- ▶ Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt, Dr. Henning Meesenburg, Tel. +49 (0)551 / 694010, www.nw-fva.de

10.–11.10., Tutzing (D)

Reif für die Wachstumswende? Ferienakademie

- ▶ Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

14.10., Berlin (D)

EU-Förderung für Fach- und Führungskräfte. Workshop

- ▶ GreenCampus, Heinrich-Böll-Stiftung. Barbara Heitkämper, Tel. +49 (0)30 / 28534156, E-Mail: heitkaemper@boell.de, www.boell.de

18.–25.10., Dresden (D)

Umundu-Festival für global nachhaltigen Konsum. Symposium

- ▶ Sukuma arts e. V., Umundu-Initiative Dresden, Christian Bärish, Tel. +49 (0)351 / 26277179, E-Mail: c.baerisch@umundu.de, www.umundu.de

23.–24.10., München (D)

Brücken in die Zukunft – Wandel vor Ort gestalten. Netzwerkkongress

- ▶ Grüne Liga, Landeshauptstadt München, Green City e. V., www.netzwerk21kongress.de/

24.10., Berlin (D)

Revision der ISO 14001 Umweltmanagement. Fachgespräch

- ▶ BUND, Marion Hasper, Tel. +49 (0)30 / 27586476, marion.hasper@bund.net, www.bund.net

NOVEMBER

13.–14.11., Bad Alexandersbad (D)

Bürgerbeteiligung und Lernkultur – Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Fachtagung

- ▶ Ökologische Akademie e. V., Dietramszell/Linden, Tel. +49 (0)80 / 271785, E-Mail: oekologische-akademie@gmx.de, www.oeko-akademie.de

21.11., Münster (D)

Von der Verschwendung zur Wertschätzung der Lebensmittel. Tagung

- ▶ Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, Verbraucherzentrale NRW, Stephanie Hollstein, Tel. +49 (0) 211 / 3809425, E-Mail: stephanie.hollstein@vz-nrw.de, www.vz-nrw.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2014

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Stefanie Langkamp [sl], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Aylin Sprünken [as], Jurek Brzoska [jb], Philipp Woywode [pw], Marion Drewski [md], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gottind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circeoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Umweltbildung

Die UN-Dekade BNE in der ANU

2014 endet die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die UN-Mitgliedstaaten hatten sie für die Jahre ab 2005 ausgerufen und sich dazu verpflichtet, nachhaltige Entwicklung in ihren Bildungssystemen zu verankern. Auch die ANU, der Dachverband für außerschulische Umweltbildung, hat die Umsetzung in Deutschland maßgeblich vorgebracht.

□ 2005 konnte die ANU auf langjährigen Erfahrungen aufbauen: Kriterien für „Umweltzentren der Zukunft“ waren bereits entwickelt und eine umfangreiche BNE-Beispielsammlung war veröffentlicht worden. Der Fokus der ANU lag darauf, Kontakte zu Akteuren anderer Bereiche zu vertiefen, die BNE-Ansätze weiterzuentwickeln und die Medienarbeit zu BNE zu intensivieren. Die Koordination der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) und finanzielle Förderung von Staat und Privatwirtschaft haben diese Aktivitäten unterstützt. Durch Mittel des Bundesumweltministeriums konnte die ANU sich durch hauptamtliches Personal mit weiteren Akteuren vernetzen, im Nationalkomitee mitarbeiten und die Jahresthemen fachlich bearbeiten. Es folgten Publikationen im ANU-Mediennetzwerk und bundesweite Fachtagungen zu den Themen BNE und Biologische Vielfalt, Energie, Ernährung/Landwirtschaft, Wasser, Klima und Geld. Über 160 Projekte von ANU-Mitgliedern wurden als offizielle Dekade-Projekte ausgezeichnet. ANU-Landesverbände beteiligten sich an Zertifizierungsverfahren für BNE-Anbieter wie beim NUN-Zertifikat für BNE des Verbunds Norddeutscher Länder.

Kontakte zum Globalen Lernen gefestigt

Ein wichtiges Ergebnis der Gremienarbeit war der in der AG Außerschulische Bildung gefestigte Kontakt zu den KollegInnen des Globalen Lernens. Hier wurde 2006 gemeinsam mit acht Partnern die Tagung „Wie wär’s mit uns? - Umweltbildung und Globales Lernen – die Kooperation der Zukunft!“ initiiert. In den folgenden drei Jahren fanden ein jährlicher „utopischer Diskurs“ und regionale Kooperationen von Akteuren aus Umweltbildung und Globalem Lernen statt.

Leuchtpol setzte Meilenstein für BNE in der Elementarbildung

2007 wurde der Energiekonzern E.ON auf die ANU als mögliche Partnerin für BNE aufmerksam und förderte das Großprojekt Leuchtpol der gleichnamigen ANU-Tochtergesellschaft. Die durch die UNESCO gestärkte politische Bedeutung der BNE und die Feststellung des Deutschen Bundestags, dass im Bereich der Elementarbildung noch Nachholbedarf besteht, waren wegbereitend für die Zusammenarbeit der beiden ungleichen Partner. Zwischen 2009 und 2012 erreichten Leuchtpol-Intensiv-Fortbildungen rund zehn Prozent der deutschen Kitas und BNE wurde in Bildungspläne und die Ausbildung von ErzieherInnen eingegliedert. Die Begleitforschung der Leuphana-Universität Lüneburg bestätigte, dass BNE als Bildungskonzept bereits für Drei- bis Sechsjährige geeignet ist und ErzieherInnen als wichtige „Change Agents“ einer Transformation zur Nachhaltigkeit wirken können.

**THEMENHEFT
DIE UN-DEKADE BNE IN DER ANU**

Biologische Vielfalt als Nachhaltigkeitsthema

Das Interesse der Bevölkerung an der Natur bietet Potenzial, die Idee nachhaltiger Entwicklung zu verbreiten. Ausgezeichnete BNE-Projekte zu biologischer Vielfalt zeigen, wie Aspekte globaler Gerechtigkeit etwa bei dem Thema Saatgut behandelt werden können. Entsprechende Publikationen der ANU NRW und eine unter der Mitarbeit der ANU erstellte Broschüre der AG Biologische Vielfalt wurden veröffentlicht. Im Oktober wird das Dialogforum „Biologische Vielfalt und BNE“ eine weitere Bilanz über den Umsetzungsprozess der nationalen Strategie zum Erhalt biologischer

Vielfalt ziehen und sich auch mit Perspektiven über 2014 hinaus beschäftigen.

Unter dem Motto „Vom Projekt zur Struktur“ hat das BNE-Nationalkomitee der DUK eine Zukunftsstrategie veröffentlicht, deren Vorschläge ab 2015 in einem Folgeprogramm umgesetzt werden sollen. In diesen Tagen wird die UN-Vollversammlung über die Ausrufung eines Weltaktionsprogramms BNE entscheiden. Geplant sind konkrete Handlungsfelder, darunter die Aus- und Weiterbildung von Lehrenden, die Förderung der BNE bei jungen Menschen und der Ausbau lokaler Kooperationen. Diese Felder passen auch für die Weiterentwicklung der außerschulischen BNE in Deutschland gut. Die BNE-Weltkonferenz in Japan im November wird die Planungen konkretisieren und auch die Botschaft der Nationalen Konferenzen aufnehmen.

Für ein erfolgreiches Weltaktionsprogramm BNE in Deutschland müssen aus unserer Sicht konkrete nachprüfbar Ziele unter Beteiligung der Zivilgesellschaft festgelegt werden. Dass sich eine stärkere interministerielle Zusammenarbeit auf Bundesebene andeutet und der Bundestag die Bereitstellung von Mitteln beschlossen hat, begrüßen wir. Für Bildungsanbieter wie die ANU ist ein besser aufeinander bezogenes Vorgehen von Bund und Ländern unbedingt wünschenswert. Die ANU nimmt an den Planungen und Diskussionen teil. Auch ab 2015 wollen wir BNE-Modellprojekte initiieren. Genauso wichtig ist uns aber der gemeinsame Einsatz für eine verbesserte strukturelle Verankerung und flächendeckende Vervielfältigung bereits erfolgreicher BNE-Projekte.

Annette Dieckmann
Vorsitzende ANU Bundesverband

▷ www.umweltbildung.de

BLICKPUNKT I

Aktionsplan zur UN-Dekade verankert BNE in Bayern

Die ANU Bayern verabschiedete 2004 mit ihren Mitgliedern den prozessorientierten „ANU-Aktionsplan zur BNE für Bayern“, der über den Zeitraum der UN-Dekade fortgeschrieben wird und Teil des Nationalen Aktionsplans ist. Er orientiert sich an den Themen der UN-Dekade und wird durch Auszeichnungen und Kooperationen unterstützt. Mit dem ANU-Aktionsplan werden folgende Ziele erreicht:

Bayernweite Qualifizierung und kollegialer Austausch zu BNE

Dazu zählen Weiterbildungen zu BNE, mehrere große Tagungen unter anderem in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission, wie „Welt in Bewegung – Rio+20 Jahre ANU Bayern“ und „Brücken in die Zukunft – Biodiversität und Klimaschutz in der BNE“, sowie die aktive Mitarbeit in der Steuerungsgruppe des Qualitätssiegels Umweltbildung.Bayern mit Qualifizierungsworkshops sowie Checkpoints zum Austausch. Es wurden 142 Qualitätssiegelträger ausgezeichnet.

Stärkung der landesweiten Netzwerke und Förderung der Vernetzung

Die ANU arbeitet aktiv in unterschiedlichen überregionalen und bundesweiten Netzwerken zur Förderung von BNE mit. Sie hat dazu auf der Homepage der ANU

Bayern eine interaktive Netzwerkkarte angelegt. Vier bayernweite Fachgruppen mit den Schwerpunkten Schule, Elementarbildung, Klimabündnis und Selbstständig Tätige tragen mit immer neuen Partnern, Aktionen und Projekten BNE in die Breite.

Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu BNE

Öffentlichkeitsarbeit und Breitenwirkung durch gute Beispiele werden durch das regelmäßige Erscheinen der Verbandszeitschrift „ANU Bayern aktuell – Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die Website der ANU Bayern und die jährlichen Werkstatt-Treffen gefördert.

Mit dem Schwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität in lokalen Bildungslandschaften sowie der Qualifizierung von MultiplikatorInnen zu Change Agents wird die ANU Bayern BNE im Rahmen des Weltaktionsprogramms weiter in die Breite tragen und verfestigen.

Marion Loewenfeld
ANU Bayern

▷ www.umweltbildung-bayern.de

BLICKPUNKT II:

Die ersten zehn Jahre waren ein guter Anfang

„Education for sustainable Development is not a walk in the spring“, so eröffnete Akpezi Ogbuigwe aus Kenia eine Diskussion der internationalen Halbzeitkonferenz der UN-Dekade BNE in Bonn. Das Ziel der UN-Dekade, nachhaltige Entwicklung in alle Aspekte von Bildung und Lernen zu integrieren, ist eher ein langer Marsch ohne genaue Wegbeschreibung.

Dass BNE kein Frühlingsspaziergang ist, war allen Beteiligten nach dem euphorischen Auftakt der Dekade beim ZDF in Mainz und der intensiven Arbeit bei der Akteurskonferenz im hessischen Rauschholzhausen deutlich geworden. Das Ergebnis der UN-Dekade sei „eher durchwachsen“, so Walter Hirche beim Nationalen Runden Tisch. Diese Einschätzung gilt sicherlich auch für Hessen, aber das ist ja durchaus auch ein Zeichen von Qualität.

Einige Schlaglichter auf dem BNE-Weg in Hessen: Die Pilotphase von Leuchtpol wird trotz beziehungsweise gerade auch wegen inhaltlicher Kritik in Hessen engagiert konzipiert und durchgeführt. Über zehn Prozent aller hessischen Kitas wurden erreicht. Es folgt die wegweisende Mitmachausstellung „Die Kuh im Kühlschrank“ mit ihrem Debüt im Senckenbergmuseum. Auf Landesebene gelingt es, im Elementarbereich BNE im Bildungs- und Erziehungsplan zu verankern. Das „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ breitet sich nach einem erfolgreichen Pilotprojekt in Frankfurt inzwischen an den Grundschulen von sechs weiteren Städten und Gemeinden aus. In fünf Regionen hat die ANU mit Unterstützung der „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ BNE-Netzwerke etabliert. Die Jahresthemen der UN-Dekade werden von den Zentren kreativ aufgegriffen und engagiert umgesetzt. Und schließlich hat sich Hessen eine Idee aus Schleswig-Holstein zum Vorbild genommen und nach einem längeren, erfolgreichen Aushandlungsprozess eine Zertifizierung von BNE-

Bildungsträgern ins Leben gerufen. Gewährsträger sind das Kultus-, Umwelt- und Sozialministerium.

Vorgebracht hat uns auf unserem Weg die überall im Land, an den Kitas und an den Schulen lebendige Praxis. Weniger die langfristige strategische Planung, sondern vor allem das vielfältige Durcheinander von Aktivitäten samt Eigensinn und Beharrlichkeit bei Widerständen – und die Frühlingssonne ermutigender Erfolge. Mit viel Geduld ist es der ANU gelungen, zwischen den Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen zu vermitteln, eine gemeinsame Sprache zu finden und in einem losen Geflecht Knoten für eine produktive Zusammenarbeit zu knüpfen. Insbesondere in den letzten beiden Jahren bildete sich in Zusammenarbeit mit den Ministerien eine Struktur mit den Umweltzentren als regionale Partner für BNE in Schulen und Kitas heraus. Trotz aller Erfolge ist es aber nicht gelungen, BNE in allen Bereichen der Bildungslandschaft zu verankern, wie zu Beginn der Dekade gefordert. BNE ist noch nicht im Kerncurriculum angekommen, die Bearbeitung der Themen wird teilweise immer noch auf Natur- und Umweltaspekte reduziert und eine institutionelle Förderung von BNE ist ebenfalls noch nicht in Sicht. Mit ein wenig List, Lust und viel Geduld könnte es aber gelingen, in den nächsten zehn Jahren das bisher Erreichte auszubauen und nach dem Frühling den Sommer einzuläuten. Im Rückblick wird die Dekade dann ein guter Anfang gewesen sein.

Michael Schlecht
ANU Hessen

▷ www.anu-hessen.de

BLICKPUNKT III

Die UN-Dekade BNE als Baustein

Als die ANU Mecklenburg-Vorpommern 2009 das Projekt „Lebenslanges Lernen – Regionale Koordination der BNE“ startete, war die UN-Dekade BNE bereits im vollen Gange. In viele Empfehlungen und Förderrichtlinien waren Aspekte einer BNE schon eingeflossen – allein an die Umsetzung wagten sich bis dato wenige Akteure.

Zwar wurde BNE in schulischen Lernkontexten bereits in Programmen wie BLK "21" und „transfer 21“ acht Jahre lang diskutiert und praktiziert, aber eine eigendynamische Verankerung gab es in Mecklenburg-Vorpommern noch immer nicht. In den Vorgesprächen mit den Fachressorts der einzelnen Ministerien und der Fondsverwaltung des europäischen Sozialfonds hatte sich heraus kristallisiert, dass die ANU mit diesem Projekt auf breite Unterstützung stoßen würde. Bei der regionalen Koordination der BNE sollten insbesondere außerschulische Bildungseinrichtungen in den Diskurs einbezogen und deren Angebote weiterentwickelt werden. Derzeit befindet sich das Projekt im sechsten Jahr seiner Umsetzung.

Die ANU Mecklenburg Vorpommern installierte mit diesem Projekt eine Erweiterung der zeitgleich forcierten Struktur der schulischen BNE-Beratung durch das Bildungsministerium. So wurde den vier in den Schulamtsbereichen Mecklenburg-Vorpommerns agierenden BNE-Schulberatern durch die ANU je ein BNE-Koordinator zur Seite gestellt. Die Koordinatoren der ANU haben vor allem die außerschulischen Akteure im Blick. Gemeinsames Ziel der Schulberater und der ANU-Koordinatoren: BNE sowohl in den Schulen als auch in den außerschulischen Bildungslandschaften zu verankern. Hierzu werden beispielsweise gemeinsame Lehrerfortbildungen durchgeführt und – als wesentliches Element des praxisnahen Lernens – die Öffnung der Schulen nach außen begleitet. Die ANU richtet dabei ihren Fokus einerseits auf die Unterstützung der außerschulischen Lernorte und andererseits auf die Qualitätsentwicklung von Bildungsangeboten im Sinne von BNE. Der Werkzeugkoffer der Projekttakteure besteht aus den Elementen Beratung, Weiterbildung, Vernetzung und Marketing. So entstand etwa im Zuge des Projektes

ein „Bildungsatlas Umwelt- und Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern“, in dem die außerschulischen Bildungsangebote landesweit übersichtlich dargestellt sind und so von Schulen leicht genutzt werden können. Im Rahmen der Qualitätssicherung und der Unterstützung von außerschulischen Lernorten wurden zwei Bildungskoffer zu den Themen Erneuerbare Energien und Teilhabe/Regionale Wertschöpfung für den Schuleinsatz entwickelt. Diese Bildungsmodule werden Multiplikatoren zur Verfügung gestellt. Derzeit diskutierte das Projektteam intensiv eine Weiterentwicklung in Richtung der Zielgruppe Berufsschulen.

Trotzdem bleiben geschaffene Strukturen und Ergebnisse fragil und werden permanent hinsichtlich ihrer Finanzierung infrage gestellt. Hier gibt es noch viel zu tun. Dabei lässt sich grundsätzlich am Ende der UN-Dekade konstatieren, dass die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den letzten Jahren einen Schritt weiter gekommen ist. So ist zu beobachten, dass die eingehenden Anfragen von den Akteuren immer praxisbezogener und anwendungsorientierter werden und die Standardfragen „Was macht ihr da eigentlich? Was soll das sein, BNE?“ lange abgelöst wurden. Die Durchführung und Ermöglichung derartiger Projekte ist durchaus auch ein Verdienst der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Jörg Friese

ANU Mecklenburg-Vorpommern

▷ www.umweltbildung-mv.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bundesverband

Dialogforum und Bundestagung

□ Der ANU Bundesverband veranstaltet vom 26. bis 28. Oktober in Oberursel bei Frankfurt das Dialogforum „Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“. Dort sollen erfolgreiche BNE-Angebote gezeigt werden, die den Erhalt biologischer Vielfalt als Schlüsselthema nachhaltiger Entwicklung aufgreifen. Erfahrungen aus Naturschutz- und Nachhaltigkeitspolitik und Erkennt-

nisse aus den Sozialwissenschaften bieten Akteuren aus Umweltbildung, BNE und Naturschutz neue Impulse und Orientierungshilfen. Gemeinsam werden Schritte zur Weiterentwicklung und Verstetigung diskutiert. Die Ergebnisse sollen in die Vorbereitung des ab 2015 erwarteten UN-Weltaktionsprogramms BNE und in die Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt eingebracht werden. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Konsum und Ernährung sowie aktivierende Methoden für die außerschulische wie schulische, Elementar- und berufliche Bildung. Das Dialogforum findet im Rahmen des Umsetzungs- und Dialogprozesses der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) statt. Es ist außerdem ein

offizieller Beitrag zur Nationalen Konferenz zum Abschluss der UN-Dekade BNE. Eingeladen sind alle, die im Bereich BNE tätig sind und Akteure aus dem Bereich biologischer Vielfalt und Naturschutz, die Interesse am Thema Bildung haben. Tagungsort ist die Akademie gesundes Leben. Vor dem Dialogforum findet dort am 26. Oktober um 11 Uhr eine Exkursion in den Naturpark Taunus und um 15 Uhr die Mitgliederversammlung der Bundes-ANU statt.

▷ www.umweltbildung.de

Tagung

Dörfern Zukunft geben

□ Gerade in Dörfern und kleinen Städten mit lebendiger Bürgerschaft finden sich oft Leuchtturmprojekte, die den demografischen und strukturellen Wandel als Herausforderung begreifen. Zum Gelingen dieses Aufbruchs tragen neue demokratische Modelle der Zusammenarbeit und ein Bildungsverständnis bei, das die Gestaltungskräfte der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Auf der Tagung „Bürgerbeteiligung und Lernkultur: Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume“ der Ökologischen Akademie vom 13. bis 14. November im Evangelischen Tagungs- und Bildungszentrum Bad Alexandersbad (ebz) werden theoretische Grundlagen und Beispiele gelungenen Wandels vorgestellt. Kooperationspartner sind die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bayern, das ebz Bad Alexandersbad, die Stiftung Mitarbeit, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, der Bayerische Landesverein für Heimatpflege und der Bayerische Volkshochschulverband. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz fördert die Tagung.

▷ www.oeko-akademie.de

WISSENSWERT

Bundesweites Aktionsprogramm

Den Wald lesen lernen

□ Den Wald lesen lernen! – das ist das Motto des bundesweiten Projekts von BildungsCent. GrundschülerInnen und Kinder in Kindertageseinrichtungen können damit den Wald in seiner Vielfalt erkunden und klimaschützendes Verhalten entwickeln. Die teilnehmenden Bildungseinrichtungen erhalten eine Waldkiste, ein Pflanzpaket und einen Zuschuss von 200 Euro für eine Waldexkursion mit einer Waldexpertin oder einem Waldexperten. Ab sofort können sich Grundschulen und andere Bildungseinrichtungen bei der Ak-

tion Wald! online bewerben. Das Projekt startet für Kurzentschlossene nach den Sommerferien, die nächste Bewerbungsphase beginnt ab Februar 2016. Für Schulen und Kindertagesstätten ist die Teilnahme kostenfrei.

▷ www.wald.bildungscnt.de

Kindergarten-Handbuch

„Kleiner Daumen – große Wirkung“

□ Das Handbuch „Kleiner Daumen – große Wirkung. Klimaschutz im Kindergarten“ des Umweltbildungszentrums NaturGut Ophoven hilft, Klimaschutz in den Kindergartenalltag zu integrieren. Das Handbuch gliedert sich in einen kurzen Theorie- und einen umfangreichen Praxisteil. Der Theorieteil erläutert, warum Klimawandel und Klimaschutz sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle in der Kindergartenpädagogik spielen. Im Praxisteil bilden die Bereiche Klimawandel und Klimaschutz, Konsum, Ernährung, Abfall und Mobilität jeweils ein Kapitel und verdeutlichen mit über 120 praktischen Bausteinen den engen Zusammenhang aller Lebensbereiche mit dem Klimaschutz.

Auf Grundlage des Handbuchs werden Fortbildungen für ErzieherInnen angeboten.

▷ www.naturgut-ophoven.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

15.-17.11.14, Vallendar. Tagung

„Neues Ziel, neues Glück: Sustainable Development Goals“

Ziel der Strategietage ist es, innovative Ansätze und aktuelle Informationen zu globalen Herausforderungen kennenzulernen, nach deren Bezug zur Lebens-

welt junger Menschen zu fragen und Bausteine für die berufliche Praxis zu entwickeln. Thema sind diesmal die Sustainable Development Goals (SDGs) samt ihrer politischen Prozesse und deren Bedeutung für die Arbeit mit Jugendgruppen.

▷ www.haus-wasserburg.de

9.-10. 10. 14., Karlsruhe. Tagung

NaDiQuAK Ganztageschule und Umweltbildung

Eingeladen zum Informationsaustausch über die Entwicklung von Ganztageschulen mit ihren Angeboten im Bereich Umweltbildung sind Schulträger und Lehrende, Entscheidungstragende aus der Politik, VertreterInnen von Hochschulen, AkteurInnen der Umweltbildung sowie weitere Interessierte. Die Tagung bietet Gelegenheit zum Austausch über die Integration der Umweltbildung an Ganztageschulen sowie über neue wissenschaftliche Erkenntnisse, Praxisbeispiele und Entwicklungsmöglichkeiten. Außerdem erhalten die Teilnehmenden Gelegenheit, in Praxis-Workshops neue Ideen für den Schulalltag kennenzulernen und selbst auszuprobieren.

▷ www.ph-karlsruhe.de/nadiquak

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber



Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeuropaednews@anu.de;
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de